

Bezugspreis:
Festpreis: 6. - M. monatlich 20. - M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: monatlich 20. - M. einjähr. 200. -
M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar-
und Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich-
Ungarn und Luxemburg 24. - M. für
das übrige Ausland 72. - M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Zeit und Geist“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweh“ und der
Beilage „Siedlung und Kolonisation“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einzeln.

Verlagsamt: **„Sozialdemokrat Berlin“**

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehnspaltige Raumzeitung
kostet 2. - M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2. - M. (10-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Stellenangebote
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1. - M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 4. - M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Sauspächter, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morixplan 15195-97
Expedition Morixplan 11753-54

Mittwoch, den 1. Februar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Morixplan 11753-54

Kathenau Außenminister.

Berlin, 31. Januar. (WTB.) Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister des Äußeren ernannt.

Die Ernennung Dr. Walter Rathenaus zum Minister des Auswärtigen war schon seit längerer Zeit zu erwarten und, den Tatsachen voraussetzend, schon wiederholt gemeldet worden. Rathenau, der die Verhandlungen von London und Cannes geführt hat, erschien als berufener Mann, die Sache Deutschlands auch in Genua zu vertreten. Er wird das nun nicht mehr als Kommissar der Regierung, sondern als Minister tun.

Die Ernennung ist schon deshalb zu begrüßen, weil der Zustand, daß der vielbeschäftigte Reichskanzler auch die Geschäfte des Außenministers führte, auf die Dauer nicht haltbar war. Aber auch deshalb, weil durch sie die Vorstellung, als seien gewisse Leute schon die Diktatoren Deutschlands, zerstört wird. Man darf in dieser Ernennung eine sachliche und persönliche Garantie dafür erblicken, daß jene Vorstellung falsch war.

Amerika geht doch nach Genua?

Paris, 30. Januar. (WTB.) Havas meldet aus Washington: Die Stimmung für die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz in Genua scheint an Boden zu gewinnen. Infolge der Konferenz der Landwirte, die vorige Woche auf Aufforderung des Präsidenten Harding hier stattfanden, hat sich die günstige Bewegung in den amtlichen Kreisen schärfer und deutlicher zutage. Die Landwirtschafts- und Südstaaten sprachen sich für eine Politik aus, welche die europäischen Märkte den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Amerikas öffnet. Der Rückgang des Absatzes seit zwölf Monaten hat in den landwirtschaftlichen Kreisen große Verluste verursacht.

Um die Revision von Versailles.

Paris, 31. Januar. (EE.) Der „Intransigent“ führt heute abend aus: Zwischen London und Paris geht es heute um den Vertrag von Versailles und um die Reparationen. England denke an nichts anderes als an die Revision des Teiles im Friedensvertrage, der von den Reparationen spricht. Es scheint für keine Anshauungen bereits Japan und Italien gewonnen zu haben. Danach würde die Reparationskommission ihrer Vortrechte beraubt werden, und die Kommission könnte weder die deutschen Gelddarlehen noch die Leistungen in Natura in Zukunft bestimmen. England wünscht einen Teil seiner Forderungen, die es an Deutschland hat, auszugeben und würde dafür Frankreich und Belgien Schulden erlassen. Für dieses Opfer aber verlangt England die Veränderung des Vertrages von Versailles, die Revision des Vertrages von Sevres und die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua. Belgien würde vermutlich einem derartigen Vorschlag zustimmen. Es ist wahrscheinlich, daß ein neuer oberster Rat einberufen wird, der über folgendes Programm zu beraten hätte:

Die an Frankreich und Belgien zu zahlenden Reparationen.
Friedensschluß unter allen Völkern.

Wiederherstellung des internationalen Kredits durch internationale obligatorische Mittel. Aufgabe der Milliardenräume und deren Ersatz durch Naturalleistungen.

Aber die große Frage, schließt das Blatt, ist die, welche Aufnahme das Kabinett Poincaré derartigen Vorschlägen beizulegen wird.

Weiterleitung der deutschen Antwort.

Paris, 31. Januar. (WTB.) Der vom 30. Januar datierte Begleitbrief, mit dem die Reparationskommission das deutsche Memorandum den alliierten Regierungen übermittelte, erinnert an den Beschluß, den die Kommission am 13. Januar in Cannes gefaßt hat, und fügt hinzu, daß die deutsche Regierung die verlangten Schriftstücke der Reparationskommission hat zugeben lassen. Die letzteren überreichte sie den in ihr vertretenen Regierungen und bitte mitzuteilen, ob diese die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen oder sie zur Beschlußfassung an die Kommission zurückzuverweisen beabsichtigen. Das Schriftstück ist unterzeichnet von Dubois und Bradbury.

Paris, 31. Januar. (WTB.) Die Kammer hat in der heutigen Sitzung beschlossen, die allgemeine Diskussion über den Gesetzentwurf betreffend die Festsetzung des Spezialbudgets für das Jahr 1922 über die Ausgaben zu vertagen, die in Ausführung der Friedensverträge zu erfolgen haben. Es wurde dem Antrag stattgegeben, in die Einzelberatung der Titel einzutreten. Die Kammer beschäftigte sich zunächst mit den Krediten für die Besatzungstruppen, alsdann mit der Frage der Aufklärungsarbeiten in der ehemaligen Kampfzone, schließlich mit der Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter, die aus dem Auslande herangezogen werden sollen.

Nachsetzung der Reichsgewerkschaft.

Wie wir nach Mitternacht erfahren, ist die Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft noch nicht zu einem Ergebnis gekommen. Das Ende der Beratungen ist noch nicht abzusehen.

(Weitere Meldungen auf der 2. Seite.)

Rückgabe Schantung an China.

Washington, 30. Januar. (WTB.) Die chinesischen und japanischen Delegierten schlossen ein Abkommen über die Rückgabe Schantung an China. Es bleiben nur noch einige Einzelheiten zu regeln.

Gemeiner Verbrecher amnestiert.

Breslau, 31. Januar. (WTB.) Wie die „Schles. Volksztg.“ aus Opatowitz zu dem Prozeß gegen den Mörder des Herausgebers der Wochenzeitschrift „Wola Ludu“, Kupta, meldet, verurteilte das interalliierte Sondergericht den Schloßer Myrcyl aus Scharley wegen Beihilfe zum Mord zu 3 Jahren Zuchthaus. Die Strafe wurde aber als durch die Amnestie erledigt betrachtet und Myrcyl sofort auf freien Fuß gesetzt.

Kupta war aus dem Lager Korsantys in das der obererschlesischen Autonoministen übergegangen.

Die polnisch-obererschlesische Verwaltung.

Die Maßnahmen der Polen zur Übernahme ihres Oberschlesiens sind in vollem Gange. Die Dema erfährt hierzu: Die Vorbereitung liegt in den Händen des Obersten Polnischen Volksrates. In Warschau wurde ein Departement für obererschlesische Angelegenheiten geschaffen mit Abteilungen für Bergbau, Industrie- und Handelsfragen. Zum Ausbau des Wasserstraßennetzes soll 60 v. H. ausländisches Kapital herangezogen werden. An der sozialen Gesetzgebung gedenkt Polen festzuhalten. Dies gilt namentlich für das Betriebsrätegesetz, das allerdings auf das Teschen-Bielitzer Gebiet nicht ausgedehnt werden soll. Kaum einer von den deutschen Richtern hat sich zum Verbleiben bereitfinden lassen. Weitgehende Heranziehung des Laienelements zur Rechtsprechung liegt im polnischen Plane. Eine Abteilung des Katowitzer Oberlandesgerichts soll Oberster Verwaltungsgerichtshof sein. In der inneren Verwaltung plant man radikale Veränderungen. Namenlich sollen die Stellen der Amtsvorsteher abgeschafft werden. Dafür werden mehrere Gemeinden unter einem Distriktskommissar zusammengefaßt, der jedoch nicht gewählt, sondern ernannt wird. Die Polizei wird staatlich, die bewährte Kommunalpolizei abgebaut; es werden deutsche konsularische Vertretungen errichtet werden.

Rußland bleibt gerüstet.

Kowno, 31. Januar. (WTB.) Nach einer hier vorliegenden Moskauer Meldung hat Lenin im Zentralvolksratsauschuss beantragt, mit Rücksicht auf die Forderung Amerikas die Armee um 50 Proz. zu vermindern. Trotz aller Woes auf die schweren Gefahren hin, die Rußland im Falle eines Mißerfolges der Konferenz von Genua zu erwarten habe. „Tauschen wir uns nicht über Genua“, sagte er, „Genua ist die Falle, in die man Sowjetrußland locken will. Europa ist nach wie vor der Feind des Sowjetstaates. Ueberraschungen sind nicht nur wahrscheinlich, sondern sie sind sicher. Ich warne dringend davor, den Sirenenrufen von London und Washington zu trauen. Sind wir erst entwaffnet, so wird man uns erdrosseln. Harding ist kein anderer als der Nachfolger Wilsons. Was bei solchen Dingen herauskommt, hat das Schicksal Deutschlands bewiesen.“ Der Antrag Lenins wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Zentralkommission erklärte in einer Entschliessung, die politische Lage Europas gestalte eine einseitige Entwaffnung Sowjetrußlands nicht, Rußland sei nach wie vor an allen Grenzen bedroht.

Menschewistenführer in Riga eingetroffen.

Die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) hat aus Riga ein Telegramm bekommen, daß die aus Rußland nach dem Hungerstreik im Butyrki-Gefängnis ausgewiesenen Sozialdemokraten bereits in Riga eingetroffen sind. Es handelt sich um die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei: Fedor Dan, Boris Nikolajewski, Dan Fraun und die Genossin Eugenie Grünwald. Die Genossen beabsichtigen nach Berlin zu kommen. Die Auslandsdelegation hat die entsprechenden Schritte unternommen, um die Einreisewilligung nach Deutschland für die betreffenden Genossen zu erlangen.

Der Stinkbombenwerfer Baeran ist nach seiner Heldentat im Prager Parlament im Auto über die Grenze gefahren. Er teilt der Wiener „Neuen Fr. Presse“ mit, daß er nicht geflüchtet sei, sondern sich wegen dringender Familienangelegenheiten, wie er schon vor der Tat beabsichtigte, nach Deutschösterreich begeben habe. Er werde sich nach Erledigung seiner Angelegenheiten der Prager Behörde zur Verfügung stellen. Die Parlamentsmehrheit hat bereits seine Auslieferung an das Gericht beschlossen.

Eisenbahnerstreik?

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, die jetzt unter neuer Leitung die Probe ihrer gewerkschaftlichen Befähigung zu erbringen versucht, hat es bisher nicht für notwendig gehalten, die Öffentlichkeit über ihr Vorgehen näher zu unterrichten. Sie hat anscheinend soviel mit sich selber zu tun. Der Deutsche Beamtenbund, dem sie angeschlossen ist, ist gegen den Streik. Der auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehende, dem ADGB angegeschlossene Deutsche Eisenbahnerverband ist gleichfalls gegen ihn. Gegen ihn ist auch ein Teil ihrer eigenen Mitglieder, gegen ihn ist fast die gesamte Presse. Und selbstverständlich ist auch die Regierung gegen ihn. Die sich in diesem Fall auf eine starke Reichstagsmehrheit stützen kann.

Es handelt sich um ein schlecht geleitetes, kopfloses Unternehmen, dessen Urheber sich nicht den Dank derer verdienen werden, deren Interessen ihnen anvertraut sind. Wieder einmal scheint es sich um einen Fall zu handeln, in dem die Sozialdemokratische Partei und die modernen Gewerkschaften schließlich alle Hände voll zu tun haben werden, um den Schaden einigermaßen gutzumachen, der von Scheingewerkschaftlichen Dilettanten angerichtet worden ist.

Im Zusammenhang mit dem drohenden Eisenbahnerstreik ist die theoretische Frage des Streikrechts der Beamten aufgeworfen worden. Auch wer auf diesem Gebiet zu weitherzigen Auslegungen neigt, wird zugeben müssen, daß zwischen Streik und Streik ein Unterschied ist. Es ist ein Unterschied, ob z. B. die Arbeiter einer Parfümeriefabrik streiken oder ob ein Arzt die Vornahme einer lebensrettenden Operation von der Erfüllung einer erhöhten Honorarforderung abhängig machen wollte. Es ist auch ein Unterschied, ob Arbeiter eines privatkapitalistischen Betriebs streiken oder ob Beamte des Staates es tun, die durch ihre Arbeitsverweigerung Staat und Wirtschaft an den Rand des Abgrunds bringen können.

Niemand hat diesen Unterschied klarer erfaßt als der sächsische Minister des Innern, der Unabhängige Lipinski. Er war es, der in der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 4. Oktober 1921 folgendes anführte:

Daß die Beamten als Gewerkschaft im Sinne der Arbeiter nicht in Betracht kommen, das geht doch daraus hervor, daß die Beamten nicht wie die Arbeiter auf die wirtschaftliche Konjunktur angewiesen sind, sondern eine dauernde Stellung genießen. Das ist doch das Wesen des Beamtenverhältnisses, daß, wenn sie sich nicht Verfehlungen zuschulden kommen lassen, sie für Lebenszeit in ihrer Stellung gesichert sind. Der Arbeiter aber ist von der Konjunktur abhängig; ist der Beschäftigungsgrad groß, wird er beschäftigt, ist er niedrig, wird er entlassen. Er hat die Unbill der wirtschaftlichen Konjunktur allein zu tragen und restlos zu übernehmen. Er steht in keiner gesicherten Stellung, und deshalb muß er auch im Lagesampfe immer seine Lebenshaltung den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen versuchen. Dieser Kampf beschäftigt uns fortgesetzt, weil die Lebensmittelpreise und die Preise für alle Bedarfsartikel ungeheuer steigen und das Einkommen damit nicht gleichen Schritt hält. Wie der Unternehmer zur Aussperrung greift, so der Arbeiter zum Streik. Ein solches Recht hat der Beamte nicht, kann er nicht haben. Seine Stellung ist lebenslanglich gesichert, unter ganz bestimmten Routinen festgelegt. Er hat nicht bloß den Staat als Arbeitgeber gegen sich, sondern er hat zur Abstellung von Mängeln die gesetzgebenden Körperschaften für sich.

Er kann durch Beeinflussung der gesetzgebenden Körperschaften den Willen des Volkes erkunden und sich auf den Willen des Volkes einstellen. Er hat also nicht notwendig, den wirtschaftlichen Kampf zu führen wie der Arbeiter, er kann deshalb auch in seiner Organisation nicht die gleichen Mittel anwenden wie der gewerbliche Arbeiter.

Wir möchten nicht ganz so weit gehen wie der Unabhängige Lipinski, sondern vielmehr die Frage offen lassen, ob nicht in gewissen, alleräußersten Fällen auch für die Beamten die Waffe der Arbeitseinstellung als letztes Notwehrmittel in Betracht kommen kann. Sicher aber ist soviel: Wenn schon jede Arbeitergewerkschaft es sich dreimal überlegen muß, ob sie zum letzten Mittel greifen soll oder nicht, so muß eine Beamten-gewerkschaft es sich zehnmal überlegen. Schon gar, wenn es sich um eine Gewerkschaft von Eisenbahnbeamten handelt, die nach einem berühmt oder berüchtigt gewordenen Wort „die Hand an der Gurgel des Staates hält“.

Der Kampf von Beamten gegen ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen ist kein Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital, sondern ein Kampf einer Bevölkerungsgemeinschaft gegen die staatlich organisierte Volksgemeinschaft. Der Arbeitgeber, gegen den sich der Streik richtet, ist das Volk selbst, vertreten durch sein Parlament und die parlamentarische Regierung. Diese kann keine Forderungen von Beamten bewilligen ohne Zustimmung der Volksvetretung.

Die Volksvetretung aber, der Deutsche Reichstag, verdient nicht, von den Beamten oder einem Teil von ihnen als „Klassenfeind“ behandelt zu werden. Der Reichstag sieht nicht als Gegner gegen die Beamten, schon deshalb nicht, weil die Beamenschaft an seiner Zusammensetzung einen ganz wesentlichen Anteil hat. Die Beamten können in ihm ihren Willen

gellend machen durch Ausübung ihrer demokratischen Staatsbürgerrechte, als Wähler. Sie haben aber nicht das Recht, ihn durch Drohung mit der Arbeitsverweigerung zu zwingen und vor dem ganzen Volk nicht verantworten kann.

Nichts wäre bequemer, als zu sagen: „Ihr wollt zehn, zwanzig, fünfzig, sechzig Milliarden Gehalt mehr, bitte, Ihr sollt sie haben!“ Milliarden sind für die Regierung ja so ungeheuer billig, man schleudert sie einfach aus der Notenpresse heraus. Aber dem Volk kommen diese „Lügen- und Schwindel-milliarden“ dafür desto teurer zu stehen, es bezahlt sie durch verschlechterte Lebenshaltung. Die Beamten bezahlen sie mit. Würden heute sämtliche Forderungen der Reichsgewerkschaft bewilligt, so wären die Beamten mit ihren Gehaltserhöhungen schon in ein paar Wochen wieder auf demselben Punkt, an dem sie sich heute befinden; das Elend aller anderen, die an der Gehaltserhöhung nicht beteiligt sind, wäre entsprechend größer.

Das Unternehmen der Reichsgewerkschaft wird also, wenn es zur Ausführung gelangt, von jedem Standpunkt aus verworfen werden müssen. Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus: Denn daß ein Streik von so großer Tragweite in Szene gesetzt wird ohne Erschöpfung des Verhandlungsweges, ohne Versuch einer Verständigung mit anderen mitinteressierten Organisationen, ohne Vorbereitung der öffentlichen Meinung, war in den Zeiten, in denen man geordnete Arbeitskämpfe mit entsprechenden Erfolgen führte, unerhört. Wir folgern daraus, daß die Eisenbahnbeamten einen Kampf, in dem sie fast alles und alle gegen sich haben müßten, wahrscheinlich auch die Mehrheit der eigenen Kollegen, vermeiden sollen. Für berechnete Wünsche, die ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit erfüllbar sind, wird sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit einsetzen. Von der Regierung erwartet sie, daß sie zur Verständigung bereit sein wird mit Beamten, die sich mit ihr verständigen wollen, daß sie sich aber einem Diktat nicht beugen wird!

Der Haushaltsausschuß zur Streikgefahr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Dienstag mit der Beratung der Haushaltspläne für die einzelnen Ministerien. Dabei wurde auch der drohende Eisenbahnstreik besprochen. Ministerialdirektor von Schlieben aus dem Reichsfinanzministerium schilderte kurz die bereits bekannten Vorgänge und kam zu dem Schluss: Uebereinstimmung besteht darüber, daß dort, wo die Bezahlung der Beamten hinter der der Arbeiter und Angestellten in Privatbetrieben zurückgeblieben ist, eine angemessene Zulage erfolgen muß. Auf der anderen Seite sind die ursprünglichen Forderungen der Beamten undurchführbar, weil sie eine Mehrausgabe von 50—60 Milliarden jährlich erfordern. Daher mußte eine Verständigung erzielt werden. Für die nächsten Tage ist bereits eine Erledigung vorgesehen, trotzdem im letzten Augenblick das Ultimatum der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner eingelaufen ist.

Fast alle Parteien, mit Einschluß der Sozialdemokraten, wandten sich gegen das Vorgehen der Reichsgewerkschaft und betonten, daß ein solches Vorgehen unvereinbar sei mit den Vorrechten der Beamten. Wenn die Beamten das Recht haben wollten, einzig und allein nach ihrem Ermessen zu jeder Zeit die Arbeit niederzulegen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen, können sie es ihrem Arbeitgeber, dem Staate, nicht verwehren, Beamte zu entlassen oder ihre bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzukündigen. Genosse Müller wies darauf hin, daß auch die Ministerien nicht immer den berechtigten Forderungen der Beamten so Rechnung getragen haben, wie wir es wünschen.

Der Wunsch, die ultimativen Forderungen der Reichsgewerkschaft abzulehnen, war im Haushaltsausschuß allseitig. Der Unabhängige Dr. Rosenfeld warnte davor, mit Erlassen, wie sie in der letzten Zeit veröffentlicht wurden, gegen den Streik einzuschreiten. Das würde einen ganz anderen Erfolg haben, als beabsichtigt wird. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Auch ein Helfseher.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Im Stammtisch der Bahnhofswirtschaft zu M. unterhielt man sich recht lebhaft über das zeitgemäße Thema Okkultismus. Ein Herr in mittlerem Alter erzählte von seinen Erlebnissen in spiritistischen Veranstaltungen. So wurden einmal die Anwesenden aufgefordert, verteilte Briefbogen mit kurzen Fragen zu beschreiben, in Umschläge zu stecken und die Umschläge zuzukleben. Umschläge wie Briefbogen bestanden aus ganz dickem, undurchsichtigem Papier. Die verschlossenen Umschläge wurden auf einem Teller einer Dame überreicht. Dieses „Medium“ legte den ersten Brief auf die ausgebreitete linke Hand, schloß die Augen, begann zu zittern und sagte schließlich: „Berlin!“ Dann öffnete es den Umschlag und las, nachdem es den Briefbogen entfaltet hatte, zur Ueberraschung der Anwesenden: „Wie heißt die Hauptstadt von Deutschland?“ Genau so verfuhr die Dame mit den übrigen Briefen. Die Antwort, die sie gab, solange sie den verschlossenen Umschlag in der Hand hielt, paßte stets auf die Frage, die sie hinterher von dem Briefbogen ablas.

Man erörterte diesen „Fall“ eingehend. Jemand meinte, die Dame sei ein Fingerspitzenmedium. In ihren Fingerspitzen- und Handtellernerven sollte die seltsame Kraft wohnen, geheimnisvolle Strahlen wahrzunehmen, die von den Schriftstücken im Innern des Briefes ausgehen! Da erhob sich von einem Nebenstisch ein Herr und griff in das Gespräch ein: „Meine Herrschaften, das Kunststück bringe ich auch fertig!“ Er ließ sich vom Wirt ein paar Bogen Schreibpapier bringen. Daraus schnitt er Blättchen in Briefbogengröße. Da der Fremde behauptete, die Fragen auf hellseherische Weise auch dann beantworten zu können, wenn die Zettel dreimal gefaltet würden, verzichtete man auf Umschläge.

Während man am Stammtisch emsig tuschelte und schrieb, las der unbekannte Gast erst in einer Zeitung weiter, dann erifernte er sich aus dem Zimmer. Als er wieder eintrat, wurden ihm die zusammengestellten Fragezettel übergeben. Er nahm den ersten in die Hand, zog die Stirne in Falten und sagte: „Oweil!“ Dann entfaltete er ihn und las vor: „Wie heißt der Reichspräsident?“ Mit dem zweiten Zettel in der Hand sagte er: „So ungefähr 180 Mark!“ Als er ihn geöffnet hatte, verlas er: „Wieviel gilt der Dollar?“ Jemand rief: „Das war meine Frage!“ So ging es bis zum letzten Zettel. Eins paßte die im Voraus erteilte Antwort auf die nachträglich vorgelesene Frage; und jedesmal bestätigte ein Gast, daß es „seine“ Frage sei.

Man bestärkte den Fremden, zu erklären, wie er in den Besitz dieser geheimnisvollen Kräfte gekommen sei. Er war bereit, die Auskunft zu erteilen, wenn ihm jeder Gast eine Mark geben würde. Das Geld wollte er nicht für sich behalten, sondern es zu einem Kulturwerk verwenden. Er versprach auch, so bald als möglich den „Nachweis über die stiftungsgemäße Verwendung“ zu liefern. Das hatte zur Folge, daß fast alle Anwesenden mehr als

Die Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft.

Die Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft verlief, wie die B. S.-Korrespondenz meldet, außerordentlich stürmisch. Die Verhandlungen begannen nachmittags um 2 Uhr und zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Der 1. Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Wenne leitete die Verhandlungen. Es waren insgesamt 30 Vertreter der Beamten aus Berlin und dem Reich anwesend. Die Oppositionsgruppe, die den Streik verurteilt, hatte sich im Laufe des gestrigen Tages noch etwas vergrößert, doch standen der radikalen Richtung von Anfang an nur 8 Vertreter von Beamten gegenüber, die sehr heftig gegen die Verhandlungsvorgänge gingen. Nach ihrer Ansicht sei das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen. Die Reichsgewerkschaft müsse den Mut aufbringen, ihren Mitgliedern im Lande zu sagen, daß die innen- und außenpolitische Lage des Reiches im Augenblick so schwierig sei, daß jede schwere Erschütterung unübersehbare Folgen haben würde. Die Vertreter der Unterbeamten, besonders der Lokomotivführer, erklärten dagegen, daß die Zugriffsbedürfnisse der Regierung für weitaus die meisten der mittleren und unteren Beamten unannehmbar seien. Sowohl der Finanz- als auch der Reichsverkehrsminister hätten es an dem nötigen Willen zur Verständigung fehlen lassen.

Außerordentlich erregte Debatten entspannen sich über die Regierungserklärungen, die ein energisches Vorgehen gegen die Beamten ankündigten, die sich an dem Streik beteiligen würden. Diese Warnung der Regierung bedrohte die Koalitionsfreiheit der Beamten. Die Vertreter des Streikgebändens erklärten, daß sie trotz aller Warnungen der Regierung die Führung übernehmen würden, doch verlangten sie, daß bei etwaigen Maßnahmen die Eisenbahnbeamten sich hinter die Leitung stellen und sie deckten. Es wurde hierauf beauftragt, daß die Fachgruppen der Reichsgewerkschaft, die für den Streik eintreten, in dieser Richtung bereits das Notwendige veranlaßt hätten. Es seien Fonds gezeichnet worden, aus denen Beschlagerte finanzielle Unterstützung erhalten könnten. Die Debatte wurde gegen 7 Uhr abends so erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrach.

Vertreter des Deutschen Beamtenbundes haben am Dienstag erneut Besprechungen mit Vertretern der zuständigen Reichsministerien gehabt. Im Verlaufe derselben wurden den Beamtensprechern die Zustimmung gegeben, daß entsprechend der Erklärungen im Reichstag in Kürze Verhandlungen mit den zuständigen Organisationen über die Befoldungsfragen stattfinden werden.

Der Reichspostminister hat durch Rundtelegramm an alle Postanstalten den Befehl erteilt, keine Telegramme aufzunehmen und zu befördern, die zu einem Streik der Beamten auffordern.

Forderung der höheren Beamten.

Onabruhl, 30. Januar. (M. B.) Heute sind hier Vertreter der höheren Beamtenschaft Nord- und Westdeutschlands an der Zusammenkunft, um zu der seit Oktober um 50 Proz. gestiegenen Steuer und der durch die Gehaltsbewegung der Eisenbahnarbeiter geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Neuordnung der Besoldung nach sozialen Gesichtspunkten auf der Grundlage des Existenzminimums wurde für dringend notwendig erklärt. An dem 2. Ausschusse des Reichstages wurde dringlich die Auforderung gerichtet, die Arbeiten zur Einführung der gleichenden Gehaltsstufen zu beschleunigen, um der Forderung auf automatische Anpassung der Gehälter an die sinkende Kaufkraft des Geldes unverzüglich entsprechen zu können.

Die Verleumdung der Schutzpolizei.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands und die Fachgruppe Schutzpolizei im Preussischen Polizeibeamtenverband übersenden uns eine Erklärung (unterzeichnet Usmus, Dr. Franke, Richter), in der gegen den Artikel des „Tag“ scharf Stellung genommen wird. Die genannten Verbände sind der Auffassung, daß die Schutzpolizei in unverbrüchlicher Pflichttreue zu der vom Volke

eingeleiteten verfassungsmäßigen Regierung steht und sich unter keinen Umständen von Bestrebungen leiten lassen wird, die darauf hinauslaufen, die Polizei ihren eigentlichen Aufgaben durch unverantwortliche Verheugung zu entziehen.

In diesem Sinne haben sich die Verbände bereits am 20. Januar gegenüber dem preussischen Ministerium des Innern erklärt. In der im „Vorwärts“ vom 26. Januar veröffentlichten Kundgebung der anderen Verbände haben sie sich nicht beteiligt, weil diese Erklärung am Schluß eine besondere Vertrauenskundgebung für den Ministerialbrigadente Dr. Abegg enthielt, mit dessen Stellungnahme in der Beamtenfrage und der Frage der lebenslanglichen Einstellung die Verbände nicht einverstanden sind. Wenn daraus von der Reichspresse eine Uebereinstimmung der genannten Verbände mit dem Inhalt des „Tag“-Artikels gefolgert wird, so ist das vollkommen abwegig.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, steht ein Erlaß des preussischen Innenministers bevor, der die Befugnisse der Beamtenschaft und der Beamtensorganisationen in der Schutzpolizei oberehrt. Das Ministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Verbände nur die wirtschaftlichen Interessen der Schutzpolizei wahrzunehmen berechtigt sind, daß ihnen aber eine Einmischung in dienstliche Befugnisse in keiner Weise zugestimmt werden kann.

Wie wir ferner erfahren, hat der Minister des Innern eine Vorstudienliste von 50 Unterbeamten eingefordert, die in der nächsten Zeit zu Oberbeamten befördert werden sollen.

Gegen den Hauptwachmeister Lehmann von der ehemaligen Hundertschaft z. B. A., der im Nordprozeß Buchholz eine Rolle spielte, ist ein Verfahren wegen Unterschlagung eingeleitet worden.

In Rheinland-Westfalen sind in letzter Zeit eine Anzahl Oberbeamte der Schutzpolizei wegen reaktionärer Ausschreitungen entlassen worden. So hatte ein Hundertschaftsführer in angetrunkenem Zustande seine Leute antreten lassen und ihnen gesagt: „Es kommt wieder ein Putz. Wer für Schwarz-weiß-rot ist, soll vortreten, die anderen (sollt ein nicht wiederzugebendes Schimpfwort) können stehen bleiben.“ Der Minister des Innern, Genosse Severing, steht auf dem Standpunkt, daß in solchen Fällen, ebenso bei Mißhandlungen und Beschimpfungen der Unterbeamten, Geldstrafen nicht in Frage kommen, sondern die sofortige Entlassung einzutreten hat, zumal sich herausgestellt hat, daß Polizeiformationen, in denen das Vertrauensverhältnis zwischen Ober- und Unterbeamten durch Kadavergehörigkeit ersetzt ist, im kritischen Moment versagen.

Die Folgen der Kriegsverbrecherflucht.

Wie III. erzählt, hat der englische Botschafter die Reichsregierung um Auskunft über die Flucht des Oberleutnants zur See Dittmar ersucht. Der Reichsjustizminister hat sich mit der preussischen Regierung in Verbindung gesetzt, um die notwendigen Unterlagen über die Flucht Dittmars zu erhalten. Von Dittmar fehlt bisher jede Spur.

Von informierter Seite erfahren wir zu der Angelegenheit, daß die Strafschutzpolizei gegen Dittmar in der Hand des Reichsanwalts lag, während die preussische Justizverwaltung schließlich den Gewahrsam hatte. Die preussische Justizverwaltung hätte Dittmar lieber in Kottbus untergebracht, weil dort bessere Garantien gegen sein Entweichen gegeben waren. Der Reichsanwalt bestimmte jedoch Raumburg als Gewahrsamsort, weil dort Dittmars Frau wohnt. Für dies Entgegenkommen hat sich Herr Dittmar nun auf „böhsch“ revanchiert.

Nach der Flucht wurden fünf Metallfägen vorgefunden, mit denen Dittmar die Kitterstäbe durchsägte hat. Er hat sich dann an einer Seile heruntergelassen, die er aus dem Streifen zerschnittenen Laten und Wäschestücken gefertigt hatte. Die Seile muß vier Meter über der Erde gerissen sein, so daß Dittmar offenbar aus dieser Höhe abgestürzt ist. Für ein Verschulden der Gefängnisverwaltung liegt bisher kein Anhalt vor.

eine Mark gaben. Außer einigen Fünfmarskheinen kam auch ein Zwanzigmarskheinen ein.

Rum lästete der „Helfseher“ sein Geheimnis. Die Frage, wie der Reichspräsident heißt, hatte er selbst geschrieben und diesen Zettel zuletzt gelegt. Die Antwort aber gab er zuerst. Auf dem ersten Zettel stand eine andere Frage. Die merkte er sich, während er sagte: „Wie heißt der Reichspräsident?“ Auf die Frage, die er sich gemerkt hatte, gab er dann die zweite Antwort. Während er dann die Frage veränderte, die er sich gemerkt hatte, prägte er sich die Frage ein, die in Wirklichkeit auf dem Zettel stand, usw. usw. Die Sache war also grundeinfach. Die Gäste hätten den „Helfseher“ sofort entlarven können, wenn einer auf den Gedanken gekommen wäre, nachzusehen, was der Fremde vorlas.

„Anzuwischen“ rückte die Abschrift seines Zuges heran. Er bezahlte die Zeche und verabschiedete sich von der Stammtischrunde. Am nächsten Tage hörte man, daß es ein sozialdemokratischer Abgeordneter war, der im Orte einen Vortrag gehalten hatte. Das war für die braunen Spießbürger schon eine unangenehme Ueberraschung. In ganz eigenartiger Stimmung kamen die guten Leute, als ihnen der Wirt ein paar Tage darauf eine sozialdemokratische Zeitung übergab. Die hatte der Briefträger als Drucksache gebracht. Ein paar rote Striche verwiesen auf folgende Mitteilung: Freiwillige Beiträge zum Wahlfonds: Gen. M. R., Einnahme für „Helfseher“ in der Bahnhofswirtschaft zu M. 98 Mark.

Pantomimen in den „Kammerspielen“. Lufian, Hofmannsthal, Sie, Pinthus, Klabund und andere haben die „Blätter des Deutschen Theaters“ aufgeboten, um die neuen „Pantomimen des Deutschen Theaters“ aus der Taufe zu heben. Diese Theorien lesen sich sehr schön, und wenn nur ein Teil von ihnen erfüllt werden wäre, so könnte man erfreut nach Hause gehen. Aber! Die erste Pantomime war eine verächtliche Oper ohne Text und die zweite eine Barlettanummer, und noch dazu eine schlechte. Wo bleibt der „Mythos“, die „Urkunst“, das Erlebnis, daß dies notwendig sei? Sind wir noch Hause gegangen, wie Hofmannsthal aus Dussan zitiert, indem wir diese stummen Schauspielere „als eine Erfüllung jenes beschöpflichen Gebots: „Erkenne dich selbst!“ erlebt haben? Wir gingen ernüchert von dannen, mit dem Vorbehalt, wenn wir wieder einmal „Pantomimen sehen wollten, in die „Stala“ oder in den „Wintergarten“ zu wandern, und bieten das „Erkenne dich selbst!“ den Kammerspielen zurück, in der Hoffnung, hier wieder durch das Wort zum Geist zu kommen und nicht durch die Wortlosigkeit zum Riß. Denn Riß war nämlich die zweite Pantomime, „Das Abenteuer“, verlogene orientalische Romantik, die selbst das Umbrechen in einen Witz nicht schamhaft machte. Neben mir nicht davon! Und auch „Der Balazzo“, den man nach Deonacassos Russt pantomimisierte, liegt auf nicht viel höherem Niveau und wurde zum Kunstwerklichen nur durch Werner Krauß und, in Abstand, Helmuth Soy, den Canto und den Deppo der Kraußigen Truppe. Krauß hatte ein paar große Momente, die das Fehlen seiner einzigartigen Stimme für den Moment vergessen ließen. Die Tänzerin

Wera Karell, die in beiden Pantomimen die Hauptrollen hatte, ist eine tüchtige Technikerin, mehr nicht. Die Haremssoldaten des „Abenteurers“ erinnerten freundlich an Cello de Rhenard. Man vermisse nur die gebildeten Tische, den Selt und die bedienenden Oberkellner. Das Publikum war begeistert und rief zum Schluß Theat, der mitwirkte.

Die Einsteins Theorie nachgeprüft wird. Die britische Sonnenfinsternis-Expedition nach der Weihnachtsinsel im Indischen Ozean, die im September Einsteins Relativitätstheorie nachprüfen soll, hat soeben England verlassen, um ihre Vorbereitungen auf der Insel zu treffen. Der Leiter des Unternehmens, H. Spencer Jones vom Observatorium in Greenwich, hat sich vorher über die Abstände und Ausrichtungen des Unternehmens geäußert. Er erinnert daran, daß eine der Vorhersagen der Einsteinschen Theorie darin besteht, daß ein Lichtstrahl, wenn er in der Nähe einer Materie vorbeizieht, von seiner Richtung abgelenkt wird. Der Grad dieser Ablenkung ist so gering, daß der einzige Körper, mit dessen Hilfe diese Annahme bewiesen werden kann, die Sonne ist. Ein Lichtstrahl von einem Stern, der in der Nähe der Sonne vorbeizieht, wird abgelenkt, und diese Ablenkung enthält sich uns durch eine sichtbare Veränderung der Stellung des Sternes der Sonne gegenüber. Aber das Licht der Sterne in der Nähe der Sonne zu photographieren ist nur möglich, wenn die Sonne während einer Sonnenfinsternis vom Mond verdunkelt ist. Die Beobachtungen, die bei der Sonnenfinsternis von 1919 gemacht wurden, bestätigten die Vorhersagen Einsteins. Aber die Ergebnisse waren noch nicht so genau, daß sie alle Zweifel hätten verbannt können. „Die kommende Sonnenfinsternis“, erklärt Spencer Jones, „ist für diesen Zweck nicht so günstig, wie es die von 1919 war. Da wir uns aber jetzt die in Brasilien gewonnenen Erfahrungen zunutze machen können und ein größeres Instrument verwenden, so ist zu hoffen, daß diesmal viel genauere Ergebnisse erlangt werden. Das wäre auch sehr zu wünschen, denn diese Jahre hindurch wird keine Sonnenfinsternis für diesen Zweck mehr so günstig sein, wie die vom 21. September. Es muß jedoch beachtet werden, daß der zu messende Effekt außerordentlich geringfügig ist. Die Veränderung in der Lage der Sternbilder wird festgestellt durch den Vergleich der während der Sonnenfinsternis aufgenommenen Photographien mit anderen Photographien, die drei oder vier Monate früher des Nachts von demselben Himmelsgebiet aufgenommen wurden. Die Bilder der Sterne in der Nähe der Sonne in den Sonnenfinsternis-Photographien werden um den etwa zweitausendsten Teil eines Zolles in ihrer Lage verändert sein. Mit der Messung so winziger Veränderungen steht und fällt die Einsteinsche Theorie. Aber die Methoden der modernen astronomischen Messungskunst sind dieser Aufgabe gewachsen.“

Ein Witz aus der Schauspielkunst. Die Wahrheit des vierteltesten Wortes, daß die Nachwelt dem Almen keine Kränze flechte, wird uns selten so deutlich wie an Tagen, die der Erinnerung an große Schauspieler der Vergangenheit geweiht sind. Wir können nicht wie bei Künstlern, deren Werke Dauer haben, untersuchen, was uns die Hingegangenen heute bedeuten. Die Erinnerung an den Schauspieler kann nur eine geschichtliche sein.

Es können nicht mehr viele unter uns sein, die Bogumil Dawson noch auf den Brettern gesehen haben, denn daß er zum

Orter zu Gefängnis verurteilt.

Braunschweig, 31. Januar. (WZ.) Von der ersten Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wurde heute, Dienstag, in dem bekannten Prozeß gegen den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Orter und den vielgenannten Psychotherapeuten Otto Schiefinger aus Blantenburg a. Harz, genannt Otto Otto, das Urteil gefällt. Orter war angeklagt, von Otto Otto mit 20 000 M. bestochen zu sein, und ihm dafür die Amtsbezeichnung Professor verliehen zu haben. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, wurde Orter nach § 231 des Strafgesetzbuchs wegen einfacher Bestechung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem werden die 20 000 M., die er von Schiefinger erhalten hat, als dem Staat verfallen erklärt. Das Urteil gegen Schiefinger lautet gemäß § 233 des Reichsstrafgesetzbuchs auf zwei Monate Gefängnis.

Orter hat bis zum Schluß der Verhandlung bestritten, von Schiefinger Geld empfangen zu haben, während Schiefinger die Hingabe des Geldes als Darlehen behauptete. Diese soll freilich unter vier Augen erfolgt sein, eine Quittung sei auch nicht gegeben worden. Orter, der der Unabhängigen Partei angehört, ist von dieser bereits bei den jüngsten Braunschweiger Wahlen fallengelassen worden. Die Absicht der Rechtspartei, aus den Verfehlungen eines einzelnen eine Wahlparole zu machen, ist, wie der Braunschweiger Wahlausfall zeigt, nicht geblüht.

Ein Lichtenberger Opfer.

Reichswehrsoldaten unter Anklage.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kahlberg, standen gestern des Morgens und rechtsmündigen Gebrauch ihrer Waffe angeklagt, der 22 Jahre alte ehemalige Gefreite Walter Ritter und der 24jährige Bergmann Hugo Wendler. Am 12. März 1919 ist der Arbeiter Piontel in Lichtenberg in der Normannenstraße von den beiden Angeklagten erschossen worden. Ritter war Soldat im Reichswehrregiment 50, welches von Kaulsdorf nach Berlin verlegt und am 12. März 1919 nach Lichtenberg-Friedrichsfelde dirigiert worden war. Die 1. Kompanie rückte an diesem Morgen von der Schillingsbrücke über Karlsdorf gegen Friedrichsfelde vor. Ritter wurde mit mehreren Kameraden in der Eitelstraße mit einem Maschinengewehr zur Deckung zurückgelassen. Eine Stunde später rückte diese Mannschaft ab, um die Kompanie wieder zu erreichen. Ritter befand sich jetzt bei einer Patrouille von 4 Mann. Auf dem Wege war Ritter in der Eitelstraße am Piontel herantretten und hatte ihn um Feuer für seine Zigarette gebeten, was P. aber ablehnte, indem er gesagt haben soll: er solle sich doch von den Spartakisten Feuer geben lassen. Ritter meldete dann dem führenden Unteroffizier Böhner, der Befehle habe gesagt: „Rostle, hundert gebe ich kein Feuer!“ und angeblich noch hinzugefügt: „Ihr Hunde müßt alle an die Wand gestellt werden!“ Diese Äußerungen sollen aber frei erfunden sein. Die Anklage führt weiter aus: Ein Gefreiter, der den Befehl erhielt, den Piontel festzunehmen, fragte ihn

in welchem Zone, warum er kein Feuer gegeben habe; er sei wohl ein Spartakist? Daran knüpfte sich die Drohung, ihm den Schädel einzuschlagen, worauf Piontel dem Ritter Feuer gab. Piontel wurde dann zunächst ins Amtsgerichtsgebäude Lichtenberg gebracht. Ritter behauptet, er sei von einem Kameraden darauf aufmerksam gemacht worden, daß Piontel unter dem Kermel ein Messer verborgen hatte; Piontel habe gesagt: „Wenn Sie mich jetzt nicht zufrieden lassen, steche ich Ihnen ein Messer in den Leib!“ Ritter will ihm dann das Messer weggenommen haben. Diese ganze Darstellung sei frei erfunden. Vom Amtsgerichtsgebäude bemerke sich der Trupp nach dem Rathaus. Dort ließ der Angeklagte Wendler, der zu einer Artillerieabteilung gehörte, zu dem Trupp und erfuhr, daß Piontel dem Ritter das Feuer verweigert habe. In der Normannenstraße wurde Piontel an einen Baum gefesselt und von beiden Angeklagten erschossen. Der erste Schuß, den Ritter abgab, ging fehl. Piontel hat unter Hinweis auf seine Frau und Kinder um sein Leben, auch ein Kamerad Ritters trat für Piontel ein. Ritter gab aber weitere Schüsse auf ihn ab; ein dritter Schuß traf ihn in die Seite, ein vierter Schuß ging wieder fehl, ein fünfter Schuß verwundete ihn abermals an der Seite. Nun riß Wendler dem Ritter den Karabiner

lehtenmal auf der Bühne stand, ist schon mehr als ein halbes Jahrhundert her. Vor ein paar Jahren hat man seine Tagebücher aufgefunden; sie berichten aufs genaueste über Rollen, Reisen und Gastspiele, wir staunen über die Zahl von 2985 Abenden, an denen er spielte, und darüber, daß er 266 polnische und 284 deutsche, also im ganzen 550 Rollen, beherrscht habe. Können wir aus diesen Angaben das gewaltige Gedächtnis des Mannes würdigen, auf eine große Energie wenigstens schließen, so heißen uns die Schilderungen der Zeitgenossen mehr dazu, uns den leidenschaftlichen, beweglichen Künstler polnisch-jüdischer Abstammung vorzustellen, aus dessen Sprache ein weicher jüdischer Klang trotz unablässiger Sprechstudien nie völlig wich. Dawison war ein Star, ein Virtuose, wie die Epoche sie wünschte. Er ergriff seine Rollen mit Leidenschaft, erfüllte sie mit Hingebung, individueller Lebensmohheit, und wenn er so auch eine Spitzenfigur in den Vordergrund der Bühne rief, so dankte ihm das sein Publikum mit jubelndem Beifall. Seine Rollen waren freilich weniger damit einverstanden; so zog sich Emil Deoriant grollend zurück, als Dawison unmittelbar nach dem Beginn seines Dresdener Engagements ihn in der Gunst der Menge ausstach.

Manchmal bietet Dawisons Leben das Bild unablässiger, gewaltiger Energie. Immer wieder hat er sich von tieferen Stufen zu höheren emporgeschoben. Als der Sohn armer Eltern am 15. Mai 1818 in Warschau geboren, war er zuerst Uhrmacher und Schildermaler, bis er eine Stelle als Schreiber fand. Während dieser Zeit lernte er Deutsch und Französisch, wurde Uebersetzer und Journalist. Er schrieb Theaterkritiken und nahm zugleich bei einem Schauspieler praktischen Unterricht. Neunzehn Jahre alt, stand er zuerst auf den Brettern. In Lemberg ging er zum deutschen Theater über. 1846 ging er nach Deutschland, debütierte in Hamburg und wurde engagiert. Seine beiden Hauptengagements waren von 1849 bis 1853 am Wiener Burgtheater und dann am Dresdener Hoftheater. Hier hatte er seit 1854 einen Kontrakt auf Lebenszeit. Aber er löste ihn schon nach zwei Jahren, um gasteierend durch die Welt zu ziehen. Er besuchte die größten Städte Europas, dann die Amerikas. Sein Kollengebiet war ungeheuer; zu den von ihm am häufigsten verkörperten Gestalten gehörten Hamlet und Shalot, Hamlet und Richard III. Das mit ungeheurer Willensspannung emporgetriebene Temperament brach schließlich plötzlich zusammen, nach wenigen Jahren des Vegetierens starb Dawison am 1. Februar 1872 in Dresden.

Für die Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift hat sich jedoch eine Konferenz von Vertretern der Reichsregierung und fast aller Landesregierungen ausgesprochen. Das Einheitsystem soll unter Zugrundelegung des Einheitsentwurfs der Schulen Gabelberger und Stolz-Schrenk ausgearbeitet werden. Das Reichsministerium des Innern wurde ersucht, die weiteren Schritte zu unternehmen und das Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses den Regierungen des Reiches, der Länder und Deutsch-Oesterreichs zur Annahme zu empfehlen.

Die Reihe Thaddeus' wird wahrscheinlich am 11. Februar von Ursprung nach England abgehen. Die Thaddeus-Expedition wird am 15. Februar wieder nach Sibirien abgehen.

Reichstag und Eisenbahnerbewegung.

Am Reichstag wurden am Dienstag zunächst Anfragen erledigt. — Auf die Anfrage des Abg. Löwenstein (U. Soz.), wie weit die einseitige reichsgesetzliche Regelung des Berechtigungsweffens an den öffentlichen Schulen vorgeschritten sei, antwortete Frau Ministerialrat Dr. Bäumer: Die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung ist, soweit sie als Vorbedingung für den Eintritt in bestimmte Berufe vorgesehen war, abgeschafft worden. Die Reichsregierung, die über die Neuordnung des Berechtigungsweffens mit den Ländern verhandelt, geht von dem Grundsatz der Reichstagsentscheidung aus, daß die öffentlichen Schulen nur Berechtigungen erteilen sollen, die aus ihren Bildungsaufgaben und Zwecken folgen; dabei ist ein dem Befehl der Einheitschule und den sozialen Erfordernissen entsprechender Aufbau des Schulweffens zur Grundlage gemacht worden, mit dem sich in den nächsten Tagen der Reichsschul-ausschuß beschäftigen wird. Das Bedürfnis, den Erwerb der Berechtigungen auch denen zu ermöglichen, die in einem freien Bildungsgange das Bezügel erreicht haben, wird von der Reichsregierung anerkannt. Eine erbgültige Regelung ist aber erst bei einem gewissen Abschluß der organischen Umgestaltung unseres Schulweffens möglich. Erst wenn die neuen Grundschulen im wesentlichen feststehen, wird man eine befriedigende Lösung herbeiführen können.

Es folgt die Fortsetzung der ersten

Beratung des Reichshaushaltsplans.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Wir halten die Finanzsanfte nicht für ein Mittel, eine dauernde Ordnung in die Finanzen zu bringen. Hoffentlich wird die in Aussicht genommene innere Anleihe Erfolg haben. Der Verwaltungsapparat ist unbedingt zu groß. Eine kleinere Beamtenchaft könnte daselbe leisten, wenn sie gut eingearbeitet ist. (Der Redner führt zahlreiche Beispiele für die Untätigkeit der Beamtenchaft an.) Man muß den Beamten beibringen, daß ihre Tätigkeit eine Dienst-, keine Schararbeit ist. Die vom Reichsschatzministerium verwalteten Heeresbestände werden, anstatt daß sie verkauft werden, nur vermiert. Die Reichseisenbahn darf niemals verstaatlicht werden.

Ihre schlechte Finanzlage beruht auf der Untätigkeit ihrer Beamten und der Latenzfähigkeit der Regierung. Die Forderungen der Eisenbahnbeamten dürfen nicht überspannt werden. Die Eisenbahnarbeiter glauben, daß ihre Wirtschaftslage von der direkten und indirekten Steuer abhängig sei. Das ist irrig. Nur durch Hebung der Produktion kann ihre Lage verbessert werden. Die Einfuhr muß verringert werden. Ein etwa ausbrechender Eisenbahnstreik wird nur die arbeitende Bevölkerung der Städte schädigen. In der Erwerbslosenfürsorge muß eine schärfere Kontrolle ausgeübt werden. An ihre Stelle muß die Erwerbslosenversicherung treten. Es muß nachgeprüft werden, wie es kommt, daß im Dezember vorigen Jahres von etwa 145 000 Erwerbslosen im ganzen Reich 1/3 sich in Berlin aufhielten. Die Frage der Sicherung des Hausbestandes muß endlich gelöst werden. Die Presse befindet sich in einer nicht zu verkennenden Notlage. Trotzdem hat sich die Eisenbahnverwaltung gewagt, Druckpapier zu ermäßigten Preisen zu befördern. Da besteht die

Gefahr der Heberfremdung der Presse

durchausländisches Geld. Die Kopp-Geschichten und ähnliche Dinge sollte man besser begraben sein lassen.

Abg. Erling (Z.): Der übergroße Beamtenapparat muß abgebaut werden. Der steigenden Not kann nicht gesteuert werden durch Kämpfe, wie sie jetzt die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner androht; ihr Ultimatum ist

ein Ultimatum an das deutsche Volk

und ein Verbrechen. Die Beamten müssen sich darüber klar sein, daß Streikrecht und Beamtenrecht miteinander nicht vereinbart werden können. 30 bis 35 Milliarden für Gehaltserhöhungen sind seit August bewilligt worden. Trotzdem soll die Regierung den berechtigten Wünschen der Eisenbahner soweit als möglich entgegenkommen. Wenn gestern Scheidemann über die Haltung mancher Offiziere und Beamten gegenüber der Republik klagte, so muß man doch manche unliebsamen Verhältnisse mehr psychologisch betrachten. Man darf nicht vergessen, daß die Beamten im großen und ganzen ihre Pflicht getan haben.

Abg. Henke (U. Soz.): Gerade das deutsche Volk in seinen breiten Massen, das unter derselben Notlage leidet wie die Eisenbahner, hat Verständnis für die Eisenbahner.

Rein Geringerer als Max Weber hat das Streikrecht der Beamten anerkannt, ja geradezu gefeiert. Auch wir wollen keine Streiks, die das Wirtschaftsleben schädigen. Aber wenn der Beredner psychologische Verständnis für deutschnationale Beamte fordert, dann fordern wir psychologisches Verständnis für die Notlage der Eisenbahner. Mit Groenens Reibehen kommt man nicht weiter. Herr Hermes betonte selbst, daß der Druck auf die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland stärker sei als in den Ländern der Entente. Wo bleiben aber die Konsequenzen? Es ist nicht richtig, daß die Entente die Anpassung unseres Steuerweffens an das ihrer Länder verlangt hat. Die Agrarier sind noch nicht zu-

fort und schoß den Piontel in den Hinterkopf, so daß die Kugel zur Stirn wieder herausflog. Wendler behauptet, daß er

die Quälerci

des Piontel nicht mehr habe mit ansehen können und deshalb durch einen Schuß auf ihn sein Leiden habe abkürzen wollen. Auch will er gestanden haben, daß Piontel zum Tode verurteilt worden sei. Ritter hat im Vorverfahren die Tat zugegeben; er sei durch das Messer des P. gereizt worden und habe gefürchtet, daß dieser fliehen würde. Auch vor seinem Hauptmann hat er ein Geständnis abgelegt, später hat er aber jede Beteiligung an der Mordtat bestritten und den Wendler als alleinigen Täter bezichtigt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltsschiffsrat Weyermann. — Bei der Vernehmung der Angeklagten beschuldigen beide sich gegenseitig, den tödlichen Schuß abgegeben zu haben.

Die Beweisaufnahme.

Witwe Marie Piontel war zugegen, als ihr Mann aus ihr unbekanntem Gründen verhaftet wurde. Sie weiß, daß ein Gefreiter König ihren Mann mit dem Kolben gedroht und gesagt habe: „Verfluchter Hund, Dir müßte man gleich den Schädel einschlagen!“ Die Jungin schildert in ergreifender Weise, wie sie von Pontus zu Pilatus gelassen sei, um zu erfahren, was aus ihrem Manne geworden sei und wie sie ihn schließlich mit verschiedenen Schußwunden tot aufgefunden habe. Der Kopf sei vollständig zertrümmert gewesen. — Der Führer der Patrouille, Unteroffizier Böhner, befandete u. a.: Das Erschießen des P. habe

in der Kompanie große Enttäufung

erregt, da eigentlich kein Anlaß dazu vorlag. In der Kompanie sei Ritter als „Mörder“ bezeichnet worden. Ein Messer hat der Zeuge bei Piontel nicht gesehen, auch eine Drohung von diesem nicht gehört. Der nicht ermittelte Unteroffizier Herzog hat in den verschiedenen verschiedenen Protokollen wiederholt ganz bestimmt Ritter als denjenigen bezeichnet, der den Schuß auf Piontel abgegeben hat. Der Zeuge hat den Ritter dadurch von seiner Tat abhalten wollen, daß er seinen Karabiner auf ihn anlegte. Ritter habe sich seiner Tat noch gerühmt. Piontel habe mehrmals um sein Leben gebittet, Ritter habe aber weiter geschossen. Sonderbarerweise hat dieser Zeuge befunden, daß er Wendler überhaupt bei dem Vorgang nicht gesehen habe. — Die Beweisaufnahme ergibt u. a. weiter, daß Piontel — entgegen den Behauptungen Ritters — zunächst zur Kompanie geführt worden sei und seine Erschießung

frieden. Sie wollen die volle freie Wirtschaft und drohen mit dem Uebergang zur extensiven Wirtschaft. Sie wollen also streiken auf Kosten des hungernden Volkes. Das landwirtschaftliche Hilfswert ist genau so ein Schwindel wie die Kredithilfe der Industrie, die nur ein Bluff war gegen die Erfassung der Sachwerte. Nun haben wir das Steuerkompromiß. Die Rechtssozialisten haben nachgegeben um ihrer Koalitionspolitik willen. Sie glauben noch immer, daß Ministerielle Machtpositionen sind. Wir billigen wohl die Außenpolitik des Kabinetts Wirth-Bauer. Aber wir sind nicht für die Erhaltung dieses Kabinetts im jeden Preis. Bei dem Kabinetts Wirth-Bauer legen wir den Nachdruck auf Wirth; denn für Bauer haben wir nicht viel übrig. Der Innenpolitik des Kabinetts können wir nicht folgen. An die Stelle der „Feldschlacht“, von der Wirth sprach, trat der Kuhhandel.

Wirth hat an Vertrauen bei uns eingebüßt.

Er stellte sich in einem wichtigen Augenblick auf die Seite der Bourgeoisie, nicht auf die Seite der Arbeiter. Die 10 Punkte der Gewerkschaften sind doch nicht für den St. Nimmerleins-Tag aufgestellt. Man redet von Sparanleihe, aber Ministerialdirektor Huber erklärt, die mittleren und oberen Beamten des Reichsernährungsministeriums sträubten sich gegen die Auflösung. Gegen einen Abbau der sozialen Tätigkeit der Regierung sträubt sich Herr Hermes natürlich nicht.

Der Abbau der Lebensmittelzuschüsse

wird wiederum mit der Berufung auf die Entente vorgenommen. Die Entente verlangt aber nur diesen Abbau, wenn er mit der Notwendigkeit, soziale Unruhen zu vermeiden, vereinbar sei. Während die Not des Volkes steigt, soll den Lebensversicherungsgesellschaften von der Regierung Hilfe zugesagt werden sein. — Scheidemann sprach vom Schuß der Republik. Das berührt etwas eigenartig, wenn man Gehrenboch erzählen hört, daß Ober vor der Revolution im Norden von Berlin gegen die kommende Revolution arbeitete. Scheidemann sagte, der Glaube, es könne die soziale Frage mit Gewalt gelöst werden, sei tot. Bei ihm und seinen Freunden mag das der Fall sein. Innerhalb der alten Sozialdemokratie bestand immer die Auffassung, daß unter Umständen auch Gewalt im Klassenkampf angewandt werden müsse. Die Arbeiter haben jedenfalls für Scheidemanns Auffassung kein Verständnis; denn sie spüren die Brutalität der herrschenden Klasse an eigenen Leiden. Scheidemann spricht vom Schuß der Republik, und in Preußen setzen sich die Rechtssozialisten mit den Monarchisten zusammen in ein Kabinetts. Scheidemann klagte über den alten Geist im auswärtigen Amt. Waren nicht Scheidemann, Hermann Müller und Bauer Reichskanzler? Waren nicht Müller und Koester Außenminister? Scheidemann sprach für die Zimmerei. Über warum werden seine Leute nicht für die Befestigung der Sondergerichte? Scheidemann sprach von Republikanismus in der Reichswehr. Wir teilen seinen Optimismus nicht. Die Reichswehr ist kein Schuß für die Republik, höchstens ein Schuß für den Kapitalismus in der Republik. Scheidemanns Rede war Theaterdramen. Sie sollte über das Steuerkompromiß hinwegtäuschen.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.): Wenn der Abg. Scheidemann meint, daß eine neue Gefahr aus Bayern drohe, so ist das falsch. Das, was der

Artikel Wels in der „Welt am Montag“

enthält, ist genau so unrichtig, wie es die Märchen waren, die über Escherich verbreitet worden sind. Die Reichssteuer Bayerns ist ungewiss. Das Steuerkompromiß bedeutet mit seiner Zwangsanleihe einen schweren Eingriff in die Substanz des Vermögens. Begünstigung der Genossenschaften bei der Umfahsteuer würde nur Verblüffung schaffen. Wann verschwinden endlich die Kriegsgesellschaften mit ihren Wirtshausbesitzern? Im Eisenbahnstreik muß die Regierung hart bleiben.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

1921 betrug die Lebensmittelzuschüsse insgesamt rund 225 Milliarden, demgegenüber 1922 nur noch 1 Milliarde für Verbilligung des Brotes. Die Preise für das Umlegegetreide sind nicht erhöht worden. Die Verteuerung des Brotes fällt also nicht zu Lasten der deutschen Landwirtschaft, die bisher ihre Umlegepflicht sehr gut erfüllt hat. Wir können unserer Broterzeugung mit Ruhe entgegensehen. Die Reichsgetreidestelle hat sehr sparsam gewirtschaftet. Ende der Woche wird dem Reichstago

eine Reichshaushaltsordnung

zugesen. Gewiß herrschen bei den Kriegsgesellschaften nicht zu beachtende große Mißstände. Aber von Korruption war bei ihnen nicht die Rede. Ein vernünftiger Abbau des Personals ist anbahnt. An der Verzögerung der Veranlagung waren die Verhältnisse schuld, nicht die Zentralisation selbst.

Abg. Koenen (Komm.) fordert bei Vertagung als ersten Punkt für die Mittwochsitzung eine Erklärung der Reichsregierung über den Eisenbahnstreik. Da der Reichsfinanzminister erklärt, daß für das Plenum eine Regierungserklärung in Aussicht nicht gestellt, diese vielmehr im Hauptauschuß erfolgt sei, wird der Antrag Koenen abgelehnt. — Mittwoch, 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Fortsetzung der Staatsdebatte. — Schluß 7 Uhr.

erst nachher stattgefunden habe. — Dem damaligen Hauptmann, letzten Staatsratssekretäre Puta! ist Ritter als roh und blutdürstig nicht bekannt, er habe aber immer sehr auf die Kommunisten geschimpft. Demals habe allerdings eine Erregung unter den Deuten geherrscht, denn es fielen

dauernd Schüsse gegen die Soldaten,

und es waren verschiedene getötet worden. Eine standrechtliche Erschießung, habe bei seiner Kompanie überhaupt nicht stattgefunden. — Nach Aussage des Untersuchungsrichters haben die Angeklagten ihr Geständnis so abgelegt, wie es protokolliert worden ist. — Ein Gefreiter Lenz bezichtigt Wendler, daß dieser den tödlichen Schuß abgegeben habe. Einem anderen Zeugen hat Wendler gelegentlich erzählt, daß er den Piontel erschossen habe. Der Feldwebel Rastan weiß, daß Ritter den Spitznamen

„Blut-Ritter“

führte und die Kompanie wegen dieser Tat auf Ritter sehr schlecht zu sprechen war. — Der Staatsanwalt empfahl den Geschworenen, bei Ritter die Frage nach Versuchem Mord, bei Wendler aber, der ohne Ueberlegung sich von seinem Gefühl habe hinstreichen lassen, die Frage nach Totschlag zu bejahen, aber die Frage nach mildernden Umständen zu verneinen.

Die Geschworenen sprachen Ritter des versuchten Totschlags schuldig und bewilligten ihm mildernde Umstände. Bei Wendler wurden die Schuldfragen verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Ritter die höchste zulässige Strafe von vier Jahren sechs Monaten Gefängnis. Das Gericht verurteilte Ritter zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft. Wendler wurde freigesprochen und der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben.

Ulrich Kauscher auf dem Wege nach Deutschland. Wie die E. S. R. hören, hat der deutsche Konsul in Tiflis, Ulrich Kauscher, am 26. Januar eine Uelaudreife nach Deutschland angetreten.

Schweizerischer Republikanschluß. Der Nationalrat hat die Verfassung mit 166 gegen 30 Stimmen angenommen. Es liegt besondere Strafen zum Schuß der Verfassung und gegen die revolutionäre Propaganda vor. Gegen die Vorlage stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, sowie vier weitere Abgeordnete.

Gewerkschaftsbewegung

Die Metallarbeiter-Internationale.

Am Sonnabend trat in Wien das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes zusammen. Inwieweit sind: Ag (Schweiz), Salau (Belgien), Hansen (Dänemark), Reichl und Dismann (Deutschland), Brownlie (England), Merheim (Frankreich), Danz und Peter (Holland), Buozzi und Guarnieri (Italien), Brasinec und Kuncle (Serbien), Teller (Polen), Hompl und Kaufmann (Tschchoslowakei), Johansson (Schweden) und Risikits (Ungarn), Domes, Schorsch, Wiedenhofer und Stein (Oesterreich). Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ist Mertens, von der österreichischen Gewerkschaftskommission Hueber erschienen.

Die Konferenz gab sich folgende Tagesordnung: Sekretariatsbericht und Festsetzung der Beiträge. Berichte: a) Erhebung über Kriegs- und Woffenfabrikation; b) Lohnstatistik und Lebensmittelpreise (Kongressbeschluss August 1921). Stellungnahme zur allgemeinen Situation und besonders zur Konferenz der Vertreter der Internationalen Berg-, Transport- und Metallarbeiter (November 1921) in Amsterdam und zum Internationalen Gewerkschaftskongress in Rom (April 1922). Anträge.

Der Sekretär der Internationale der Metallarbeiter Ag eröffnete mit einer kurzen Ansprache die Beratung. Zum Präsidenten wurde Domes, zum Vizepräsidenten Salau (Belgien) gewählt.

Den Bericht des Sekretariats vom Internationalen Metallarbeiterbund erläuterte der Sekretär Ag. Er führte aus: Aus dem Bericht sind die besonderen Bemühungen hervorzuhelien, um mit den amerikanischen Verbänden in Fühlung zu treten. Bekanntlich sind die amerikanischen Maschinenbauer unserem Bund angeschlossen. In Amerika bestehen ungefähr 20 Metallarbeiterorganisationen. Es war bisher nicht möglich, sie zum Beitritt zum Bunde zu gewinnen, obwohl die Hoffnung nicht aufzugeben ist, daß es möglich sein wird, einen Teil dieser Organisationen zum Beitritt zu bewegen. Wir haben in der Presse gelesen, daß Gompers im Namen des amerikanischen Metallarbeiterbundes Protest dagegen eingelegt habe, daß auch die Sowjetregierung zu der Konferenz in Genue eingeladen worden sei. Sollte dies richtig sein, müßte man daraus den Schluß ziehen, daß die geistige Verfassung in Amerika noch sehr weit von unserem Ziel ist. Durch einen persönlichen Freund haben wir Mitteilung, daß es gegenwärtig außerordentlich schwer sei, die amerikanischen Arbeiter für eine Internationale zu gewinnen, weil sämtliche Organisationen gegen eine schwere Reaktion zu ringen haben und weil die amerikanischen Unternehmer gegenwärtig auf die gänzliche Zerstörung der Verbände ausgehen. Im Vordergrund stehen Lohnreduktionen und Arbeitszeit. Es ist nicht gelungen, Spanien dem Bunde zuzuführen, und leider ist zu befürchten, daß die Zahl der organisierten Metallarbeiter sehr zusammengescholzen ist. Bulgarien und Rumänien gehören dem Bunde nicht an; sie besitzen nur schwache Organisationen. Es ist möglich, daß ein Teil der rumänischen Metallarbeiter dem Internationalen Metallarbeiterbund zugeführt werden kann. Von Südlawien war es schwer, Mitteilungen zu erhalten. Die anderen Länder sind dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen, mit Ausnahme Rußlands. Wie die Organisation in Rußland aussieht und funktioniert, ist uns nicht bekannt. Wir haben aber den Beschluß gefaßt, daß, solange die russischen Metallarbeiter der Moskauer Internationale angehören, sie nicht in den Bund aufgenommen werden können. Im großen und ganzen können wir sagen, daß unsere internationale Organisation durchaus gefestigt besteht und alle jene Länder, in denen eine kräftige Organisation besteht, dem Internationalen Metallarbeiterbund angeschlossen sind.

Buozzi (Italien) regt an, einen Appell an die amerikanischen Metallarbeiter zum Beitritt in den Internationalen Metallarbeiterbund zu richten. Brownlie (England) stimmt den Ausführungen des Sekretärs zu.

Robert Dismann (Deutschland): Was die Anregung bezüglich eines Manifestes an die amerikanischen Metallarbeiter betrifft, können wir im Prinzip damit einverstanden sein. Das Beste wäre, wenn wir einen Kollegen beauftragen könnten, in Nordamerika von Organisation zu Organisation in Fühlung zu treten. Bezüglich Rußland können wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß es bald zu einer Verbindung kommen wird. Bezüglich Frankreich ist es betrübend, daß die französischen Metallarbeiter in ihrer Organisation so stark zurückgegangen sind. Wir wollen uns keinesfalls in die engeren Verhältnisse eines Landes eindringen, doch haben wir die Ueberzeugung, daß die ganzen Fragen der Arbeiterschaft im engsten Zusammenhang mit den Arbeitern der übrigen Länder gelöst werden können.

Ag detailliert die Berichte über die einzelnen Länder. In Spanien ist die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach. Ein eigener spanischer Zentralmetallarbeiterverband besteht überhaupt nicht. Die Vorbedingung zum Anschluß ist in Spanien noch nicht erfüllt, weil eine zentrale Organisation nicht besteht. Zwischen Polen und Deutschland ist nach unserer Meinung kein akuter Streit. Es fragt sich nur, ob die Arbeiter Oberschlesiens, das an Polen abgetreten wurde, bei den deutschen Gewerkschaften bleiben sollen oder den

polnischen Gewerkschaften beizutreten haben. Bezüglich der englischen Kollegen muß ich betonen, daß sie große Anstrengungen gemacht haben, sich international zu nähern. Ershwert wird die Organisation in England durch den Bestand von achtzehn verschiedenen Verbänden der Metallindustrie, neben denen es noch mehrere Dutzend kleine Verbände oder Lokalorganisationen, die nicht dem Bunde angeschlossen sind, geben soll. Bezüglich Frankreich wäre eine internationale Aktion ganz gut denkbar; denn in jeder internationalen Aktion der Arbeiterschaft ist die Voraussetzung, daß die Arbeiter von Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland beteiligt sind. Bezüglich Rußland müssen wir auf dem Standpunkte stehen, daß es zwei Internationalen nebeneinander nicht geben kann. Solange die Moskauer Internationale nicht aufgelöst ist, ist ein Zusammenarbeiten mit den russischen Gewerkschaften nicht möglich.

Nach Erledigung der Beitragsfrage wird hiermit die Sitzung unterbrochen.

Zur Wahl der Berliner Holzarbeiter.

Für die Delegiertenwahl im Holzarbeiterverband ist die Aufstellung der Kandidatenlisten beendet. Gewählt wird am 6. Februar. Die Wahlvorschlüge sind aus den Betrieben gemacht worden und erst nach Aufstellung der Listen überficht jeder der Parteirichtungen die Anzahl der für sie in Betracht kommenden Kandidaten. In den Branchen, wo jede der Parteien sozial Vor schläge hat, wie Delegierte zu wählen sind, stehen sich alle drei feindlich gegenüber. In den übrigen Bezirken und Branchen wird die Frage der gegenseitigen Unterstützung eifrig diskutiert.

Wir vertreten natürlich nicht die Ansicht, die Kommunisten aus der Generalversammlung zu verdrängen. Wir sind für eine Zuteilung der Mandate nach der Zahl der abgegebenen Stimmen, natürlich nicht nur dort, wo wir die Mehrheit haben, sondern auch wo die Unabhängigen und Kommunisten vorherrschen. Heute bekommt aber alle Mandate die Partei, welche die einfache Mehrheit aufbringt.

Eine Unterstützung der Kommunisten kann nach ihrem bisherigen Verhalten nicht in Betracht kommen.

Für die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten mit den Unabhängigen und gegenseitige Unterstützung wären wir bereit gewesen, wenn sich eine gleichmäßige Durchführung eines Wahlabkommens ermöglichen hätte und die Gegenpartei dies wünschte. Die Unabhängigen haben sich auch mit dieser Frage in einer USB-Holzarbeiterversammlung beschäftigt. Wie bei solchen Gelegenheiten immer, so haben dort Redner weiblich auf die Rechtslogiklisten geschimpft und behauptet, sie hätten wiederholt für Kommunisten gestimmt und den Unabhängigen eine Niederlage bereitet. Tatsächlich trifft es zu, daß in den vorjährigen Generalversammlungen unabhängige Kandidaten in der Stichwahl gegen die Kommunisten unterlagen, trotzdem Sozialdemokraten und Unabhängige die Mehrzahl hatten. Ueber die Ursachen der Wahlergebnisse liegen keinerlei Feststellungen vor.

Da nun Beschlüsse und Vereinbarungen der Parteien nicht vorliegen, wird es in der einen oder anderen Wahlabteilung unabhängige Wähler geben, keinen Rechtslogiklisten zu wählen. Unsere Genossen werden auf eine derartige Agitation achten und ihr Verhalten danach einrichten. Die Kommunisten dürften dort wohl mit Genugtuung einen Erfolg verbuchen.

Wird diese Taktik überall eingeschlagen, dann wird es auch mit der unabhängigen Ortsverwaltung aus sein.

In den meisten Bezirken und Branchen schlugen die Mitglieder einen anderen Weg ein. Ob mit oder ohne Vereinbarung haben sie schon bei den Vorwahlen aufeinander Rücksicht genommen und stimmen gemeinsam für die Kandidaten beider Richtungen. Das trifft besonders in den Bezirken des Ostens und des Nordens zu. In den wenigen Bezirken, wo jede Richtung eine eigene volle Kandidatenliste zusammengebracht hat, stimmt aber jeder für seine Parteirichtung.

Ueberschreitungen der Arbeitszeit.

Mehrere Fachzeitschriften haben die Mitteilung gebracht, daß sich nach einem Reichsgerichtsurteil Arbeitgeber, die ihre Arbeiter mit deren Zustimmung länger als 8 Stunden beschäftigen, nicht strafbar machen. Diesen Veröffentlichungen liegt das auch schon früher bisweilen unrichtig wiedergegebene Urteil des Reichsgerichts, II, Strafsenat vom 6. Juli 1920 (2 D 500/1920 IX 800) zugrunde, das jedoch lediglich zum Ausdruck bringt, daß sich bei Ueberschreitung der zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern nur der Arbeitgeber strafbar macht. Das Reichsgericht geht hierbei von der Auffassung aus, daß die in der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 enthaltenen Strafandrohungen allein auf Arbeitnehmer, nicht auch auf Arbeitnehmer, die sich an den Achtstundentag nicht halten, anwendbar sind. Die Frage, ob Arbeitgeber, die ihre Arbeiter mit deren Zustimmung über die gesetzlich zugelassene Arbeitszeit hinaus arbeiten lassen, sich dadurch strafbar machen, wird in dem Urteil nicht berührt. Da die neuerlichen Veröffentlichungen von Arbeitgeberseite geeignet sind, zu irigen Folgerungen und zu einer unerwünschten Rechtsunsicherheit Ver-

anlassung zu geben, hat der preussische Handelsminister die nachgeordneten Behörden, insbesondere die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, die beteiligten Kreise über den der Reichsgerichtsentscheidung zugrundeliegenden Tatbestand aufzuklären.

Die Luruspapierbranchenerklärung vom 30. Januar, die den Geschäftsbericht der Branchenleitung entgegennahm, nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Schon während des Berichts zeigte sich durch Zwischenrufe, daß man mit den Erfolgen der Branchenleitung nicht sonderlich zufrieden war. Als dann aber im Verlauf der Diskussion von einem Diskussionsredner auf das widerspruchsvolle Verhalten des jetzigen kommunistischen Sekretärs der Branchenleitung, U. Dücker, hingewiesen wurde, der vor seiner Wahl mit den bekannten kommunistischen Phrasen die alte Gewerkschaftstaktik mit ihrer Tarippolitik in Grund und Boden verdammt hatte und jetzt froh sei, wenn er Tarife abschließen könne, die zum Teil weit hinter den Reichstarifen der anderen Branchen ständen, verfiel sich U. Dücker in seiner Erwiderung zu den gemeinsamen Ausfällen und persönlichen Anrempelungen, ohne daß er hierbei von seinem Parteifreunde G. Gide als Versammlungsleiter deshalb aerüt wurde. Auch stürmischer gestattete sich die dann folgende Neuwahl der Branchenleitung, weil die kommunistischen Kapitalwächter der SPD-Kollegen Messer das Recht absprechen wollten, wiederum als Mitglied der Ortsverwaltung zu kandidieren, da sie jetzt als Hilfsarbeiterin im Bureau des Verbandsvorsitzenden beschäftigt sei. Mit allerlei Tricks verluhte der „unparteiliche“ Vorliegende immer von neuem ein den Moskauer Jüngern genehmes Resultat aus der Versammlung zu beschließen. Nach etwa einstündiger äußerst stürmischer Debatte votierte die Versammlung für die Kollegin Messer, und sie wurde daraufhin mit der Branchenleitung einstimmig gewählt.

Lichtfreil in Steffin. Im städtischen Elektrizitätswerk Steffin ist Dienstag die Arbeit niedergelegt worden. Das Werk, das die ganze Ueberlandentrale mit elektrischem Strom versorgt und auch über die halbe Provinz Pommern verbreitet ist, wird von der technischen Nothilfe aufrecht erhalten.

Konditoreipersonal. Die Arbeitgeber versenden ein Rundschreiben, worin der Vergleich über die ab 1. Januar 1922 zu zahlenden Löhne enthalten ist. Darin erklären sie, daß das Bedienungspersonal das Bedienungsgeld aufschlagen soll. Diese Fassung ist falsch. Ueber diese Frage ist noch nicht verhandelt und nach den bestehenden tariflichen Bestimmungen ist das Bedienungsgeld einzukalkulieren.

Sattler und Portefeulter. Nachdem die Versammlung am Sonnabend beschloffen hat, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, erlaubt die Firma Rudolph u. Rudolph, Leipziger Str. 75/76, ihren Arbeitern die Arbeitsaufnahme verwehren zu können. Die Firma begründet das damit, daß sie den Arbeitern während des Streiks die Entlassung zugehandelt habe und daß sie ihren Betrieb umstellen wolle. Ueber den Streik ist somit die Sperre verhängt und die Kollegen in den Betrieben erluchen wir, Streikarbeit nicht auszuführen. Deutscher Sattler- und Portefeulterverband.

Verbindlich erklärt für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin ist der am 10. Oktober 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die Angestellten in der Lederwirtschaft mit Wirkung ab 1. Oktober 1921, sowie der am 10. November 1921 erfolgte Nachtrag zu dem allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag vom 25. Juli 1921 für die Angestellten des Möbelhandels, und zwar mit Wirkung ab 1. November 1921. Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Wellesplatzstr. 7/10, erhältlich.

Zentralverband der Schuhmacher (Friedrichshof, Maßbandel. Heute 8 Uhr Streikerversammlung im Saal 1 des Gewerkschaftshauses. — Donnerstag 6 1/2 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Wählen zur Ortsverwaltung. Tages Mitteilungsblatt über Karte kein Zutritt.

Bund der schmalen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Steffin. Donnerstag 8 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant zum Klotz. Vorstandwahl.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag: Chemischer Kleinhandel. Mittalerversammlung 8 Uhr Neue Philharmonie, Rönninger Str. 96-97. — Freitag: Eckoladengesellschaft. Dessehnische Versammlung 8 Uhr Neue Philharmonie, Rönninger Str. 96-97. — Damenwäcker und Schürzen. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr Neue Philharmonie, Rönninger Str. 96-97.

Auto-Reparaturbetriebe. Donnerstag 7 Uhr bei Boreleit, Joststr. 7, Funktionsbestellung der Auto-Reparaturbetriebe.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Maschinen und Heizer in den Holzbetrieben. Freitag 6 Uhr Zusammenkunft bei Hummel, Sophienstraße 5. Wir bitten die Betriebsräte der Holzbetriebe, die Maschinen und Heizer auf diese Zusammenkunft aufmerksam zu machen.

Deutscher Werkmeisterverband. Berlin II. Freitag 7 Uhr Frankfurter Allee Nr. 315 Mitgliederversammlung mit Wahlberichtsprotokoll.

Verantw. für den rehaft. Teil: Franz Kille, Berlin-Blücherstraße; Mr. Kurland: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Emdenstr. 2. Blatt 1. 1. 1922.

Stoffe Koch & Seeland

für Herren- u. Damen-Bekleidung
bester Fabrikate, große Auswahl, Verkauf auf maßeresse
G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

WEISSE WOCHE

Verkauf: Sowie Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

- ### Gardinen
- Tüllgardinenstoff Meter 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁵⁰
 - Tüllgardinenstoff breite Ware Meter 19⁵⁰ 24⁰⁰ 29⁰⁰
 - Etamin 150 cm breit, kariert und gestreift Meter 36⁰⁰
 - Halbstores mit und ohne Volant 69⁰⁰ 95⁰⁰ 145⁰⁰
 - Künstler-Garnituren 95⁰⁰ 168⁰⁰ 195⁰⁰
 - Künstler-Garnitur Figurenmaler, dauerhafte Qualität 245⁰⁰
 - Tüllbedecken 2beilig 175⁰⁰ 245⁰⁰ 350⁰⁰
 - Etamin-Garnitur mit vielen Einstrichen u. Motiven, elegante Ausführung 165⁰⁰
 - Spannstoff klein gemustert, breite Ware, Meter 22⁰⁰ 29⁰⁰ 35⁰⁰
 - Tülldecken in schönen Mustern Stück 2⁹⁰

- ### Schuhwaren
- Weisse Leinen-Kinderstiefel bequeme breite Form 21⁴² 23⁴⁸ 25⁵⁴ 27⁷⁸ 31⁹²
 - Weisse Leinen-Backfisch-Schnürstiefel in guter Ausführung 135⁰⁰

- ### Schürzen
- Weisse Leinen-Damen-Spangenschuhe mit weissen und braunen Abzügen 68⁰⁰
 - Schwarze Leinen-Damen-Schnürschuhe elegante Ausführung, schöne moderne Form 98⁰⁰

- Tändelschürzen 14⁷⁵ 19⁷⁵ 23⁷⁵
- Teeschürzen mit Latz und Trägern, mit reicher Stickerei 22⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰
- Wiener Form ohne Latz, mit reicher Stickerei 36⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰
- Wiener Form mit Latz und Trägern, mit reicher Garnierung 42⁵⁰ 44⁵⁰ 49⁵⁰
- Wiener Form aus gutem Linnen, mit Latz und Trägern, hübsch gemoriert 49⁵⁰ 52⁵⁰ 57⁵⁰

- Damen-Hemden mit Stickerei 36⁵⁰ 39⁵⁰ 45⁰⁰
- Damen-Beinkleider Knieform, mit Stickerei 34⁵⁰ 39⁵⁰ 45⁰⁰
- Prinzessröcke auf alle Form, reich mit Stickerei ausgef. 135⁰⁰ 165⁰⁰ 195⁰⁰

- ### Handarbeiten
- Madeira, Richelieu Kreuzstich
 - Eisdecken 1²⁵
 - Kissen 2¹⁷
 - Nachtischdecken 8⁰⁰
 - Quadrate 1⁶⁵ 3⁷⁵
 - Kissenplatten 16⁷⁵ 32⁰⁰
 - Tischläufer 40 x 40 cm 45⁰⁰
 - Decken 60 x 60 cm 14⁷⁵
 - Quadrate 2⁰⁰ 5⁰⁰

- Seid.Tabletdecken mit Spitzen 2⁹⁰
- Weisses Str.ckgarn K-m-Docke 2⁰⁰

- Taschentücher für Kinder, weiss mit bunter Kante 2⁴⁵ 3²⁵
- Taschentücher für Damen, weiss mit bunter Kante 5⁵⁰ 6²⁵
- Taschentücher für Herren, weiss mit bunter Kante 6⁷⁵ 8⁷⁵



- ### Einzelne Kinder-Schürzen
- Hänger u. Schulform, in verschiedenen Größen, durchweg 29⁵⁰ 37⁵⁰
- ### Korsette
- moderne Form aus bestem Drahtstoff, mit Lanette und Haltern 55⁰⁰
 - Korsette farbig, Draht, gut sitzende Form 75⁰⁰
 - Korsette weiss, mit Haltern, beste Verarbeitung 95⁰⁰
- Wäschetuch Meter 17⁵⁰
 - Renforcé Meter 24⁵⁰
 - Linon Dekkeltbreite Meter 48⁵⁰
 - Linon Kissenbreite Meter 29⁰⁰

Mehr Erwerbslosenhilfe tut not!

Der Sarotti-Brand vor der Stadtverordnetenversammlung.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern wieder über die Notlage der Erwerbslosen verhandelt. Zu den Anträgen der Kommunisten hatte der Ausschuss Beschlüsse gefaßt, die sich innerhalb des Möglichen hielten. Im besonderen hatte er einen Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der statt der geforderten einmaligen Beihilfe eine Erhöhung der laufenden Unterführung anstrebt und den Magistrat zu entsprechenden Schritten bei der Staats- und der Reichsregierung auffordert. Auf die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung wies gestern die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Pattloch nochmals hin. Den Beschlüssen des Ausschusses stimmte die Versammlung zu. — Die zur Beratung des Manteltarifs der Gemeindegewerkschaft mit dem Recht, nötigenfalls einen Schiedsspruch zu fällen, eingesetzt werden. Dieser von der Deputation selber eingebrachte, von allen Fraktionen unterstützte Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Man darf von ihm eine allseitig befriedigende Lösung der zur Verhandlung stehenden Fragen erwarten. — Im letzten Teil der Sitzung kam der Brand bei Sarotti zur Sprache aus Anlaß einer Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der Mängel in der Bekämpfung des Brandes. Genosse Willebrand wies in seiner Begründung darauf hin, daß diese Vorkommnisse ganz ohne Berechtigung wieder gegen Berlin ausgeschaltet worden sind. Stadtrat Genosse Ahrens gab eine Schilderung der völlig unbegreiflichen Lässigkeit, deren die verantwortlichen Personen der Fabrikleitung sich schuldig gemacht haben, indem sie unter vergeblichen Löscheversuchen den Brand sich zu einer riesigen Feuersbrunst entwickeln ließen und dann erst die Tempelhof-Feuerwehre riefen. Er stellte fest, daß der Vorwurf, die Feuerwehren Tempelhofs, Neuköllns und Berlins hätten versagt, völlig unberechtigt ist.

Sitzungsbericht.

Ein Dringlichkeitsantrag sämtlicher Mitglieder der gemischten Deputation zur Beratung des Manteltarifs für die städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten geht darauf hinaus, sie als Einigungsamt einzusetzen und ihr, falls eine Einigung nicht zu erzielen sein sollte, das Recht zu verleihen, einen Schiedsspruch zu fällen. Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Zur Beratung für heute und Donnerstag stehen 71 Gegenstände. Auf Antrag Schumacher (Komm.) werden die kommunistischen Anträge betreffend Arbeitslosenunterstützung vorweggenommen. Der ständige Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge ist durch H. Kunze (Soz.) Bericht erstatten und empfiehlt, den Antrag Gabel wegen Neuwahl der Erwerbslosenausschüsse abzulehnen. Bezüglich des Antrags Gabel,

einmalige Beihilfen für die Erwerbslosen

zu gewähren, stellt der Ausschuss folgende Anträge: 1. Die Versammlung hält eine Erhöhung der laufenden Unterführungen um 40 Proz. für dringend erforderlich und ersucht den Magistrat, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Erhöhung mit Wirkung vom 1. Februar ab baldmöglichst bei der Staats- und Reichsregierung durchzusetzen; 2. Die Versammlung hält die Forderungen des Antrags Gabel hinsichtlich der Schulspfegung usw. für praktisch nicht ausführbar, empfiehlt dagegen, die Kinder der Erwerbslosen möglichst und bevorzugt bei der Schulspfegung und Verteilung von Winterkleidung zu bedenken; 3. die vorbereitenden Arbeiten in der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind zu beschleunigen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Sperre für Roststandarbeiten aufzuheben.

D. Stromski (Komm.) beharrt bei der Forderung einmaliger Beihilfen als des einzigen Weges, auf dem die Not der Erwerbslosen wirklich zu lindern sei; auch alle anderen Anträge einschl. der Neuwahl der Erwerbslosenausschüsse hält er aufrecht.

Stadtr. Lüdtke (Dnat.) beginnt eine Rede abzulesen, tritt aber ab, nachdem der Vorsteher Dr. Caspari bemerkt hat, daß das Vorlesen von Reden nicht gestattet ist.

Pattloch (Soz.): Der Ausschuss hat der Erhöhung der laufenden Unterführungen

vor der Gewährung einmaliger Beihilfen mit guten Gründen den Vorzug gegeben. Nur so ist es möglich, daß die Gelder auch wirklich den Erwerbslosen und ihren Familien zugute kommen. Wir halten für sicher, daß die große Mehrheit dem Ausschusse beipflichten wird. Stundung der Gasschulden kann jeder bei der Stadt beantragen; etwas Kontrolle muß doch auch bleiben, daher geht es nicht an, freies Gas und Streichung der Gasschulden zuzugestehen. Eigentümlich ist, daß Herr Ostrowski heute so eifrig für die Unorganisierten eintritt; die Erwerbslosen sind doch durch die Gewerkschaften durchaus zweckmäßig vertreten. Seinerzeit haben Leute, die Herrn Ostrowski nahe stehen, die Neuwahl der Erwerbslosenausschüsse sabotiert.

Zimmermann (U. Soz.) erklärt sich für die Ausschussvorschlüsse im Wesentlichen aus den vom Vorredner vorgetragenen Gründen. Nachdem noch Dr. Kintzhard (D. Sp.) die Annahme der Ausschussvorschlüsse empfohlen, gelangen diese mit einem Zusatzantrag Lüdtke (Dnat.) betr. die Roststandsarbeiten zur Annahme. Der oben erwähnte Dringlichkeitsantrag wird einstimmig angenommen.

Es wird bekanntgegeben, daß Reuter aus der kommunistischen Fraktion ausgetreten und zur kommunistischen Arbeitsgemeinschaft übergetreten ist.

Wegen der vom Stadtrat Wege veranlasseten Entfernung einer bei der Beerdigung Sillis verwandten roten Kranzschleife aus dem Arbeitszimmer des Betriebsrats der Wohnungs- und Miet-einigungsämter entspinnt sich eine längere Debatte, in der Genosse Krüger (Soz.) erklärte, daß die Behandlung solcher Bagatelien weder die Geschäfte noch das Ansehen der Versammlung fördere. Parteipolitische Kundgebungen solle man von den Amtsräumen der Stadt überhaupt fernhalten. Künftig müsse der Magistrat auch gegen solche Kundgebungen anderer Parteien nachdrücklich Stellung nehmen.

Moses (U. Soz.) meinte, daß diese Angelegenheit nur humoristisch-ironisch-satirisch behandelt werden könne.

Vom 12. Oktober 1921 datiert eine dringliche Anfrage der U. Soz. an den Magistrat, was er zu tun gedenkt, um die städtischen Parks und Plätze nicht weiter der Verschandelung preiszugeben?

Zubeil (U. Soz.) begründet die Anfrage.

Stadtrat Ahrens antwortet, daß der Magistrat sich der hier vorliegenden Unterlassungssünden bewußt ist. Es seien aber seinerzeit dem Magistrat

5 Millionen für die Pflege der Grünflächen gestrichen

worden. Heute liege der Versammlung eine Forderung von 1170 000 M. unter anderem zur Aufrechterhaltung der städtischen Gärtnereien im Humboldthain und in Blankenfelde vor; damit werde immerhin einiges geleistet. Dr. Kirchner (Dnat.) empfiehlt einen Antrag seiner Freunde auf Errichtung von nahe der Stadt gelegenen Spiel- und Sportplätzen.

Ein Antrag der Kommunisten verlangt die Hergabe der Kasernenhöfe und Exerzierplätze für die Erholungsplätze der Jugend. Zobel (Dem.) macht die Behauptungen für den Mangel an Grünflächen und Spielplätzen verantwortlich. Man müsse eine Auswahl treffen.

Dittmer (Soz.): Die volle Wiederherstellung der Spiel- und Sportplätze ist bei der heutigen Finanzlage unmöglich. Es wird nichts übrigbleiben, als möglichst viele Part- und Grasplätze in Spielplätze umzuwandeln. Auch Waldschulen müssen errichtet und es muß ein Teil des Naturkundeunterrichts an Ort und Stelle erteilt werden. Exerzierplätze und Kasernenhöfe sind dem Jugendamt für seine Zwecke zum Teil unter den wichtigsten Vorwänden verweigert worden.

Es sprechen noch Trapfke (D. Sp.), Dörr (Komm.), R. Kunze (Dsch.-Soz.) und nach Ablehnung eines Schlußantrages noch Zubeil (U. Soz.). Die Erörterung endet mit der Annahme der erwähnten Magistratsvorlage und mit der Ueberweisung der Anträge an den Magistrat; diesem wird auch ein Antrag Zobel überwiesen, der vom Magistrat eine Nachweisung über die zur Behebung des Mangels an Spielplätzen getroffenen Maßnahmen bis zum 15. September erwartet. Annahme findet auch ein Antrag

Kunze (Dsch.-Soz.) auf Ermittlung der Gründe, die den Fortstus zum Verkauf des Wannsee-Ufers bei Beelichhof an eine Aktiengesellschaft veranlaßt haben.

Das Feuer bei Sarotti.

Am 21. Januar haben Heimann u. Gen. (Soz.) folgende Anfrage eingereicht:

Der Magistrat wird ersucht, sofort darüber Auskunft zu geben:

1. Wer die Verantwortung für die verspätete Alarmierung der Berliner Feuerwehr bei dem Brande der Sarotti-Fabrik trägt.

2. Welche Maßnahmen getroffen sind, um für die Zukunft eine rechtzeitige Herbeiführung ausreichender Feuerlöschhilfe in ähnlichen Fällen herbeizuführen.

3. Wer die Verantwortung dafür trägt, daß bei dem Bau der Sarotti-Fabrik die baupolizeilichen Feuersicherheitsvorschriften größtmöglichst sind.

Nachdem Willebrand (Soz.) die Anfrage begründet, gibt Stadtrat Ahrens eine ausführliche Darstellung des Brandes und seines Schauplatzes. Der Brand ist schon vor 9 Uhr früh bemerkt worden; bis 10 1/4 Uhr hat die Fabrikleitung allein an der Löschung gearbeitet und dann hat erst die Feuerwehr eingegriffen. Es handelt sich um ein Gebäude von 90x60 Meter, der ganze Keller ist ein einziger Raum ohne jede Schukwand, in dem große Lager von Holzwole, Badmaterialien und anderes sich befanden. Der Keller bildete mit dem Dachhof bald einen Krater, dessen ganze Glut nach oben strömte.

Auch die sämtlichen vier Treppenaufgänge führten zu diesem Dachhof, keiner nach der Straße; es ist unverständlich, wie so etwas hat zugelassen werden können. Erst nach 11 Uhr wurde Berlin alarmiert; inzwischen war der Brand ein Feuermeer geworden. Die Katakomben brennen heute noch. Zur Verhütung ähnlich schwerer Feuersbrünste ist angeordnet, daß Berlin von jedem Brande sofort verständigt wird. An der ordnungs- und sicherheitswidrigen Kelleranlage ist die Berliner Baupolizei unschuldig. Der Fabrik war die Sicherung der Kelleranlage aufgegeben, die Frist dafür aber bis 1. April 1922 verlängert worden. — Gegen das Funktionieren der Tempelhof-Feuerwehren ist ebensowenig ein Vorwurf zu erheben, wie gegen die dortige Berufsfeuerwehr. Wir werden überhaupt mit den freiwilligen Feuerwehren in Groß-Berlin noch lange zusammen arbeiten müssen.

Damit ist die Anfrage erledigt.

Auf Antrag Fabian wird hierauf die Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist der Stadtverordnete Genosse Kobi ausgeschieden, nachdem seine Wiederwahl zum unbefristeten Stadtrat bestätigt und er in sein Amt eingeführt worden ist. Sein Stadtverordnetenmandat ist auf den Genossen Selbke, Wilmersdorf übergegangen, der hiermit in die Stadtverordnetenversammlung eingetreten ist.

Ein Eid „zweiter Klasse“?

Daß ein Eid eine ernste Sache ist, galt zu allen Zeiten als selbstverständlich. Die Bedeutung des Eides als eines in feierlicher Form abgegebenen Versprechens rechtfertigte den bisherigen Brauch, daß bei einer öffentlichen Eidesleistung alle Anwesenden sich erheben. Vor Gericht wurde bei Zeugeneidleistungen immer streng darauf gesehen, daß während der Vereidigung jeder im Saal mit aufstand. Wer aus Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit sitzen blieb, hatte eine nachdrückliche Mahnung zu gewärtigen, die mancher Gerichtsvorsitzende zu einer richtigen Strafpredigt auszufalten verstand.

Wir haben nie gemeint, daß der Brauch aufzustehen dem „Gott“ galt, den der Zeuge anrief und selbst dann anrufen mußte, wenn er an keinen „Gott“ glaubte. Wer einseht, daß eine Gesellschaft nicht ohne eine geordnete Rechtspflege (solange die Menschen keine Engel sind) bestehen kann, für den wird der Eid auch ohne Anrufung eines „Gottes“ eine „heilige“ Handlung sein. Darum war es uns nicht zweifelhaft, daß nach Einführung der auf die Anrufung „Gottes“ verzichtenden neuen Eidesformel, deren Gebrauch dem Belieben des Schwörenden überlassen wird, man festhalten würde an dem die Feierlichkeit der Eidesleistung betonenden Brauch aufzustehen. Es scheint aber, daß die Justizverwaltung auch das dem Belieben überlassen hat — dem Belieben des Gerichtsvorsitzenden nämlich. Am Schöffengericht Charlotten-

27] Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Ramsell Berg betrachtete den Stummel mit einem Blick, als wäre es die Wodwaffe selbst.

„Heiliger Himmel.“

Der Amtsvorsteher legte den Stummel wieder hinein und schob die Schachtel in die Mappe, die er sorgfältig verschloß. „Nun sagen Sie mir, Ramsell Berg, erinnern Sie sich, ob der Verstorbene jemals Zigaretten geraucht hat?“

„Nein, niemals. Herr Hilsöe rauchte eine einzige Zigarre nach Tisch und sonst nur seine Meerschaumpfeifen. Er hatte eine für jeden Tag in der Woche.“

„Haben Sie darauf geachtet, ob der Pferdeshändler Sörup rauchte, als er kam?“

„Jepes ja! Sörup kam immer mit seiner Holzpeife an, und die nahm er nicht aus dem Mund, außer wenn er aß und trank.“

„Und soviel Sie wissen, ist niemand heute, gestern oder vorgestern über die Berandatrepppe zu Herrn Hilsöe gekommen?“

„Jepes nein! Es kam keiner zu ihm, der nicht über die Haupttreppe ging.“

Der Amtsvorsteher erhob sich.

„Ja, Ramsell Berg,“ sagte er, indem er die Mappe auf den Rauchtisch legte, „mehr Fragen habe ich wohl in Augenblick nicht an Sie zu stellen. Nur noch eines — was ich Ihnen hier mitgeteilt habe, erfordert natürlich strengste Diskretion!“

„Was erfordert es?“ Ramsell Berg sah ängstlich, verständnislos mit ihrem Vogelblick zu ihm auf.

„Ich meine, Sie dürfen niemand gegenüber erwähnen, was gefunden worden ist — was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Verstehen Sie? Ich mache Sie dafür verantwortlich!“

Ramsell Berg zog erschrocken ihren edigen Oberkörper zurück.

„Heiliger Himmel! — Nicht ein Wort soll über meine Lippen kommen!“

„Gut, dann sind wir fertig für diesmal. Sie werden später — vielleicht schon bei einem Verhör morgen — Ihre Erklärungen unter Eid wiederholen müssen.“

Ramsell Berg sah ihn feierlich an und hob die Knöchelhand, als ob sie gleich einen Eid ablegen sollte:

„Ich kann jedes einzige Wort beschwören, Herr Amtsvorsteher!“

„Nun, um so besser!“

Hjarmer reichte ihr die Hand.

„Gute Nacht, Ramsell Berg!“

Die Haushälterin aber blieb stehen, drehte sich verlegen und strich mit ihren groben Händen über die Taille.

„Haben Sie noch etwas auf dem Herzen?“ fragte Hjarmer und sah sie müde an.

„Ja, was ich noch sagen wollte —“ kam es zögernd, während es um den strammen Mund zuckte, „man ist ja so unwissend wie ein neugeborenes Kind!“

„In welcher Beziehung?“

„Was aus einem werden soll und so — denn der Tod des Herrn Hilsöe ist ja solch ungeheurer Verlust für mich.“

„Es tut mir leid um Sie, Ramsell Berg,“ der Amtsvorsteher rieb sich ungeduldig die weißen Hände, „aber ich weiß nichts Besseres, als daß Sie sich an den Erben wenden und ihn bitten, im Namen des Verstorbenen etwas für Sie zu tun!“

„Die Sache ist aber die, Herr Amtsvorsteher.“ Ramsell Berg wurde eifrig, und die blauroten Flecke vergrößerten sich auf den Backennochen, während die dunkelgerandeten, hellgrauen Augen unruhig blinkten, „ich weiß nicht recht, wie ich mit dem jungen Hilsöe stehe.“

„Mich dünkte, er sagte, daß er Sie von früher her kenne!“

Hjarmer verbarg ein Gähnen hinter seiner weißen Hand.

„Ja, aber sehen Sie, das hat nun so seine eigene Bewandnis, denn offen gestanden — aber Herr Amtsvorsteher müssen mir versprechen, daß es unter uns bleibt — der junge Hilsöe wurde seinerzeit fortgeschickt, weil er den Namen des Alten auf einem Wechsel gefälscht hatte — oder wie man es nennt!“

„Was Sie sagen!“ Hjarmer war wieder ganz Ohr.

„Woher wissen Sie das, Ramsell Berg?“

„Das hat mir Herr Hilsöe gesagt. Denn er war so fuchswild, als er den Brief von der Bank bekam, daß er seine Galle an jemand auslassen mußte. Und dazu gebrauchte er gewöhnlich mich — weil er wußte, daß von mir nichts unter die Leute kam, was nicht weiterkommen sollte.“

„Sie meinen also, daß Herr Hilsöe Ihnen nicht freundlich gesinnt ist!“ schnitt Hjarmer ihren Wortstrom ab, der sich in die Länge zu ziehen drohte.

„Nein, sicher nicht.“

Ramsell Berg nickte entschieden mit dem Kopf und wünschte

sich ihre lange Nase mit der Knöchelhand, bevor sie wieder begann:

„Denn sehen Sie, da war ja die Enterbung — und das ist es eben, was mir bei der ganzen Sache vollständig ungreiflich ist, denn ich hab doch das Papier, das er damals schrieb, mit meinen eigenen Augen gesehen — darauf könnte ich einen Eid leisten!“

„Das Testament, von dem Sie sprachen und das Sie nicht finden konnten?“

„Ja! — Denn es war dasselbe, in dem er mich, rein herausgesagt, wegen meiner treuen Dienste bedachte und im übrigen der Stadt und dem Amtsbezirk das Ganze vermachte.“

„Ja, ja!“ unterbrach der Amtsvorsteher. — „Im Erbschaftsamt werde ich später Gelegenheit haben, mich näher mit dieser Sache zu beschäftigen. Aber ich will Ihnen doch jetzt schon soviel sagen, Ramsell Berg — und der Amtsvorsteher richtete seine Augen schärfer auf sie —, wenn Sie, die Sie alle Verhältnisse kenne und — hm! — den Schlüssel zu seinen Schubfächern hatten — wenn Sie dieses Papier nicht finden konnten — dann wird es wahrscheinlich gar nicht mehr existieren. Er hat sich wohl später eines Besseren bedacht und es vernichtet.“

Ramsell Berg schluckte. Es zuckte wie Weinen um ihre schmalen Lippen.

„Ach, Himmel — das ist ja das Traurigste bei der ganzen Geschichte!“

Den Amtsvorsteher dauerte die offenbare Ratlosigkeit der ältlichen Person. Sie war doch Zeit ihres Lebens eine treue Dienerin gewesen.

„Ich will gern,“ sagte er zögernd — „das heißt, wenn Sie es ausdrücklich wünschen — Herrn Hilsöe darauf aufmerksam machen, wie viel Sie augenscheinlich seinem Onkel gewesen sind.“

Ramsell Berg bekam plötzlich Tränen in die Augen, die klar wie Glas wurden. Sie ergriff Hjarmer's Hand und sagte, während sie geräuschvoll durch die lange, knochige Nase atmete:

„Dafür wäre ich Ihnen von Herzen dankbar, Herr Amtsvorsteher!“

„Ja, ja, soll geschehen!“ sagte Hjarmer tröstend und zog seine Hand zurück.

„O, tausend Dank, Herr Amtsvorsteher! — Und Gottes Segen über Sie!“

„Schon gut, Ramsell Berg!“ (Fortf. folgt.)



**Kohlen
Zeit u.
Geld**

sparen Sie durch Gebrauch
des selbsttätigen Waschmittels „Persil“.
Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile!
Wäscht und bleicht gleichzeitig
bei nur einmaligem 1/4-stündigem Kochen.
Preis: das Paket M. 7.00.

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**
auch der „Henke“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Persil
das selbsttätige!
Waschmittel!

**Theater
Lichtspiele ufw.**
Opernhaus
Aber Abend
Die Zauberflöte
7 Uhr
Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: Ein Trauerspiel
Donnerst. 8: Bajazzo.
Das Abenteuer
Kammerspiele
8: Anatol
Donne tag 8: Anatol
Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 Uhr 2. Male:
Schwedisch. Ballett
Donnerst. 7 1/2 Uhr:
Schwe-
disches Ballett

Die Erstaufführung im Theater i. d. Königgrätzer Str.:
**„Die wunderlichen Geschichten
des Kapellmeisters Kreisler“**
Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen
von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik von E. N. v. Reznicek
ist auf Sonnabend, den 4. Februar, verlegt worden.
Preise für die Premiere: 30—400 Mark Preise für die Wiederholungen: 12—250 Mark

Neue Welt
Arnold Scholz Hausenstraße 108/114
Heute, Mittwoch, den 1. Februar:
Mittag
Bockbier-Fest
in den bayer. Alpen
8 Kapellen 30 bayer. Mad'l
Eintritt 4 Uhr
Voranzeige!
Morgen, Donnerstag, den 2. Februar:
Gr. Schweineschlachten

Theater i. d. S.
Königgrätz. St.
bis Freitag schloß
Sonntag zum 1. Male:
D. wunderlichen
Geschichten des
Kapellmeisters
Kreisler
Phantast. Melodram
nach E. T. A. Hoffmanns
Leben u. Erzählungen
von Carl Meinhard u.
Rud. Bernauer, Musik
mit teilw. Benutzung
von Motiven aus Hoff-
manns „Udine“ und
Mozarts „Don Juan“
von E. N. v. Reznicek.
Ludwig Hartau,
Alfr. Abel, Charl.
Schultz, Franzis.
Kinz, Paul Bildt,
Friedr. Richard,
Robert Scholz,
Ernst Dernburg,
Paul Rehkopf,
Hermann Pichl,
Heinz Alexander
Ernst Behmer

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr: Bauer als Millionär
Lessing-Theat.
7 1/2 Uhr: Die rote Robe
Donnerstag 7 Uhr: Peer
Gynt
Freitag bis Montag 7 1/2
Uhr: Plamane
Deutsches Künstler-Th
Heute bis Freitag 7 1/2
Uhr: Der heilige Ambrsius
(Max Adalbert)
Sonntag 7: Gastop.
des Moskauer Künstler-Th.
Der Kirschgarten
Sonntag 7: Jede Weib-
lichkeit hat einen Haken
Montag 7 1/2 Uhr zum
1. Male Hamlet

Russ.-Deutsches Theater
Der blaue Vogel
Geltzstraße 9
Nollensort 1613
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung alle 2 Tage!!

Apollo-
Theater 8
Hr. Jam. Klein
Die Ausstattungs-
Varieté - Schau
**Rund um
die Welt!**
10 Akte in ver-
schiedenen
Ländern
Im obersächsischen
Frühlingspark
Auftr. der
Chung-Kal-Truppe
Natschas
Wüst-Dressuren
1. d. Hauptrollen
Eise Berna
Oscar Sabo
Martin Kettner
Fritz Steidl
Eise Reval
Alfred Walters
Maria Volgtberger
Marion Itting

WINTERGARTEN
Februar-Spielplan!
Dora
Hrach
und
Fritz
Langendorff
Groses Duette
Maria
Leeser
und
Hasso
Holm
Päpste u. Pantomimen
Ausstattung:
Walt. Schnackenberg
Musik: Walt. Kömme
Thea Alba
Das selts. Mädchen
Rudolf Mälzer
Komiker
Cincinnati Comp.
Moderne Pantomime
Acht Lias
Akrob. Akt
King und King
Exc. Ballett
Brunh. Freihoff
Spitzentänze
Damett u. Lafay
Amer. Komödianten
4 Wortleys
Hochturner
S. Glazeroffs
Ukrain. Tanztruppe

8 Uhr:
Das unerreichte
Februar-Programm!
TAUENTZIEN
IM TAUENTZIEN-PALAST/
VARIETE
4 Uhr nachmittags:
TANZ-TEE
mit Tanzvorführungen
10 1/2 UHR
2 1/2
DIESEN-
VARIETE
PROGRAMM
4 UHR
Tanz mit
Tanzvorführungen
Wien Berlin
JAEGERSTR. 65a



Komödienhaus
Täglich 7,30 Uhr
Karusell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts
Berliner Th.
Täglich 7,30 Uhr
**Prinzessin
Olala**
Emmy Sturm
Herb. Kiper, Louis
Kallger, Wally Kaeb

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Das Detektivmäd-
chen
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Oberon
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Ein toller Einfall
Intimes Theater
8: Badesse Nympe
trausig. Experiment
Gustave, es bildet
Klein. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Mütter
Freitag: Der Ring
Lustspielhaus
4 Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: D. Straßensängerin
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Houses Theater am Zoo
Calderon - Gesellschaft
7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Te Deum - Metacolic
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildeute
Schiller-Th. Charlitz.
8: Ein Wintermärchen
Schloßpark-Th Steglitz
7 1/2 Uhr: Jugend
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Die Herren
von und zu...
Theat am Nollendorpl.
3 1/2 U. Onkel Bräsig
7 1/2 U. Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7 1/2 U. Der Tanz ins Glück
Th. i. d. Kommandant Str.
(Jüdisch. Kunst-Theat.)
7 1/2 Uhr: Dybuk
Walker-Theater
7 1/2 Uhr: Die Spitzekönigin
Weinlia-Theater
4 Uhr: Die Mond-
schelndame

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Hr. Jam. Klein
Die große
Revue
**Der Herr
der Welt**
Keine Bühne der
Welt gibt. solche
Pracht-Ausstat-
tung u. Namen
ver. Darsteller
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Bura
Wihl. Karstela
Franz Gross
Paul Westmeyer
Licht W. Kallstner
Herta Richter
75 Damen-
Ballet!
Sonntag, 29. Jan.
Große Volksoper
Nachm. 2 1/2 Uhr
Lohengrin
Ver-Verk. Musterbr.

FOLIES CAPRICE
Lilienstr. 132
am Oranienburger Tor
Täglich 7 1/2 Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Küchen
Die falsche Nummer
Frd. Günzler, R. Beral
MOD. TAENZE
1-2 St. Repet. Uh. 2691
Wilmered. Güntz. str. 42
U.-Bnf. Hohenstraße npt.
Str. 37, 67, 91, 92, G. 21

Erfinder
Bunte Werbemöglichkeit.
Kaufmann u. Anweisung
gebende Prof. Dr. G. G.
neuer Welt (verb. prot.)
J. G. Schmidt & Co.,
Dtn. Königgrätzer Str. 71

Gesichts-
ausschlag
Bild
im Gesicht u. am
Rörper breitet sich rasch u.
überfüllig Zucker's Patent-
Medizinall-Soße. Nach jeder
Wohlungm. Zucker-Creme
nachbehandeln. Präparat
Bierling, von Tavelnden be-
stätigt. In allen Apotheken,
Drogerien, Parfüm-rie- und
Friseurgeschäften erhältlich.
Handwaschlösung
„Sofort rein“
reinigt die Hände
von
Tern, Lack, Farbe, Tinte
und jeglichem Schmutz,
desinfiziert und greift die
Haut nicht an.
Überall erhältlich.
Ossi-Ges. m. b. H.
Berlin-Oberschöneweide
Gedend. trasse 14,
Tel. Oostwa. 355.

Allen voran
beim Einkauf von
**Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch**
Uhren, Zahngehissen, Ketten, Münzen
die führende Firma
Juweller **H. Wiese**
Artilleriestraße 30
5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburg. Straße)
1 Minute v. Wittenbergpl. — Bahnhof Zoo
unmittelbar Nähe Kadewe
handelsgerichtet, eingetrag. Firma
Telephon Norden 1030.

ROTTERSCHE
— Tägl. 8 U. —
Trianon-Theater
E. L. O. A.
Kleines Theater
haben Sie nichts
zu verzeihen?
Residenz-Theater
Heute 7 U. 2. Male
Eine Frau ohne Namen
Theater d. Ostens
(Rezo-Theater)
7 1/2 Uhr:
**Die Gräfin von
Kempinski**
(Sprecherwerk)

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
im Utopienreich
WITKOPF
Schrenkstraße 24
7 1/2 Uhr:
Elsa Krüger
Papageien
Heinr. Stengel
R. & W. Roberts
Lanos & Ada
Monty-Delt
Frz. Meissner
Hans René
3 Burgers
Dytha Ly
3 Egons
Ernst Riedel

Münzen
Sammlungen
kauft/verkauft Berlin
Wilhelmstr. 46-7
Münzen
Handlung.
CIRCUS BUSCH
Bahnhof Bors
Tägl. 7 1/2 Uhr Sonntag nachm. 3 Uhr.
Der Circus ist gut geheist.
Neuer Monat!
Neue Sensationen!
Gadbin Brona, der viella h nachge-
ahmte jedoch unerreichte Meisterartist
in seiner tollkühnen Leistung
Der Todessprung
aus der
Circuskuppel
läßt die Nerven erbeben!
Der mysteriöse
Teufelswürfel
schafft Tausenden Kopfzerbrechen.
Die Jin-Jitsu-Kämpfe
(Japanische Selbstverteidigung)
belehren un- unterhalten jedermann!
Neue Massendressuren,
Neue Artisten- und Clownsstücke.
Zum Schluß:
Nur noch kurze Zeit
das indische Männergeschaustück
„Die Schlange der Durga“
mit lebenden Riesenschlangen, schwim-
menden Elefanten, schwimmenden
Wasserbüffeln.
„Die Wasserspiele Buddhas“
Nur noch kurze Zeit.

Engelhardt-Bräuerei
Aktiengesellschaft.
Die auf 18% für die Stammaktien fest-
gesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung
des Dividendenscheines pro 1920/21 mit
M. 186.— bei der Bank für Handel und
Industrie, Berlin, und ihren sämtlichen
Niederlassungen und den Bankhäusern
Abraham Schlessinger, S. Simonson und
S. Marx & Co., Reinhold Stechner, Halle
(Saale) und v. Wal enberg-Pachaly, Dresden,
von heute ab zur Auszahlung. 1921
Berlin, den 28. Januar 1922.
Der Vorstand i. Nachr.

Spezialarzt für Nerven-
leiden und nervöse Störungen jeder Art.
Kausibel. Kusumf über langjährig be-
währte Rufen gegen Schlaflos-
Sanitätsrat Dr. Weiss Heilmannst.
Berlin 26a, Potsdamer Str. 104. Oostwa. 11 &

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie
sicher da
von über-
zeugen,
daß Sie
durch uns
bezogene
Anzug-
Paletot-
Koststoffe
sowie Damen-
tuche unedigt
Vorrede haben.
Verlangen Sie sofort
Muster, welche wir irko.
an jedermann versend.
Lehmann & Arny
Spremborg L. L. 26.
Aeltestes Tuchverandhaus mit eig. Fabrikat.

Notgeldsammler
welche über den
Wert ihrer
Sammlung stets
informiert sein
wollen, verlang.
keinen Einzahlung v. M. 4. portofrei meine
„Monatliche illustrierte Preisliste“
mit über 100 Abbildungen.
Postcheck: Hamburg 41712
Victor Engelmann, Kiel

8. Varieté
Uhr
SCALA
u. a.
De Biere
Reichshallen-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner
Sänger
Nachm.
halbe Pr.
Dönhoff-
Brett 1
Ant. 7 1/2 Uhr

WITKOPF
Schrenkstraße 24
7 1/2 Uhr:
Elsa Krüger
Papageien
Heinr. Stengel
R. & W. Roberts
Lanos & Ada
Monty-Delt
Frz. Meissner
Hans René
3 Burgers
Dytha Ly
3 Egons
Ernst Riedel

Engelhardt-Bräuerei
Aktiengesellschaft.
Die auf 18% für die Stammaktien fest-
gesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung
des Dividendenscheines pro 1920/21 mit
M. 186.— bei der Bank für Handel und
Industrie, Berlin, und ihren sämtlichen
Niederlassungen und den Bankhäusern
Abraham Schlessinger, S. Simonson und
S. Marx & Co., Reinhold Stechner, Halle
(Saale) und v. Wal enberg-Pachaly, Dresden,
von heute ab zur Auszahlung. 1921
Berlin, den 28. Januar 1922.
Der Vorstand i. Nachr.

Spezialarzt für Nerven-
leiden und nervöse Störungen jeder Art.
Kausibel. Kusumf über langjährig be-
währte Rufen gegen Schlaflos-
Sanitätsrat Dr. Weiss Heilmannst.
Berlin 26a, Potsdamer Str. 104. Oostwa. 11 &

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie
sicher da
von über-
zeugen,
daß Sie
durch uns
bezogene
Anzug-
Paletot-
Koststoffe
sowie Damen-
tuche unedigt
Vorrede haben.
Verlangen Sie sofort
Muster, welche wir irko.
an jedermann versend.
Lehmann & Arny
Spremborg L. L. 26.
Aeltestes Tuchverandhaus mit eig. Fabrikat.

Enorm billige Preise!
Kriegsanleihe wird zu 84% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.
Katzenjackett 1750.—
Peizmantel mit echten Opossumbesätzen 7480.—
Seidenschirmmantel 2590.—
Püschmantel auf Seidenfutter 970.—
Gummimantel für Herren und Damen 335.—
Marengo-Üstler 140.—
Astrachanmäntel, la. 750.—
Kunstseidene Strickjacken 165.—
Covercoatmäntel 300.—
Kostüme 180.—
Kunstwollene Sportjacken 54.50
Röcke, Kammgarn 165.—
Einsegnungskleider 310.—
Reinwollene Jumper 179.—

8. Varieté
Uhr
SCALA
u. a.
De Biere
Reichshallen-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner
Sänger
Nachm.
halbe Pr.
Dönhoff-
Brett 1
Ant. 7 1/2 Uhr

WITKOPF
Schrenkstraße 24
7 1/2 Uhr:
Elsa Krüger
Papageien
Heinr. Stengel
R. & W. Roberts
Lanos & Ada
Monty-Delt
Frz. Meissner
Hans René
3 Burgers
Dytha Ly
3 Egons
Ernst Riedel

Engelhardt-Bräuerei
Aktiengesellschaft.
Die auf 18% für die Stammaktien fest-
gesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung
des Dividendenscheines pro 1920/21 mit
M. 186.— bei der Bank für Handel und
Industrie, Berlin, und ihren sämtlichen
Niederlassungen und den Bankhäusern
Abraham Schlessinger, S. Simonson und
S. Marx & Co., Reinhold Stechner, Halle
(Saale) und v. Wal enberg-Pachaly, Dresden,
von heute ab zur Auszahlung. 1921
Berlin, den 28. Januar 1922.
Der Vorstand i. Nachr.

Spezialarzt für Nerven-
leiden und nervöse Störungen jeder Art.
Kausibel. Kusumf über langjährig be-
währte Rufen gegen Schlaflos-
Sanitätsrat Dr. Weiss Heilmannst.
Berlin 26a, Potsdamer Str. 104. Oostwa. 11 &

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie
sicher da
von über-
zeugen,
daß Sie
durch uns
bezogene
Anzug-
Paletot-
Koststoffe
sowie Damen-
tuche unedigt
Vorrede haben.
Verlangen Sie sofort
Muster, welche wir irko.
an jedermann versend.
Lehmann & Arny
Spremborg L. L. 26.
Aeltestes Tuchverandhaus mit eig. Fabrikat.

Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

